

BULLETIN

NUMMER 2 | Juni 2014



-
- * 4 Kantonsrat - Transparenz und ein Zug für alle *
 - * 8 Exekutivwahl - Kandidatinnen und Kandidaten aller Gemeinden *
 - * 16 Junge Alternative - 20 Prozent in 20 Jahren *
 - * 20 Stadttunnel - Für die Zukunft bauen? *
 - * 24 Überwachungsstaat - Asyl für Snowden *
-

3 Editorial

Topkandidatinnen und -kandidaten

4 Kantonsrat

Transparenz und ein Zug für alle

7 Regierungsrat

«Da stimmt etwas nicht!»

8 Exekutivwahl

Berty Zeiter – «Es geht ums Tun und nicht ums Siegen»

Andreas Hürlimann – Die Zeit ist reif für einen grünen Sitz

Jolanda Spiess-Hegglin – Steuersenkungen und andere Katastrophen

Paul Iten – Politische Realität und Morgarten-Mythos

Vroni Straub – Mit Herz und Verstand

Remi Odermatt – Grüne und soziale Tradition erhalten

Barbara Beck – Zusammen gestalten

15 Wählen

Wie wählen

16 Junge Alternative

20 Prozent in 20 Jahren

18 Abstimmung

Prämienexplosion stoppen!

19 Vollgeld

Das sicherste Geld der Welt

20 Stadttunnel

Für die Zukunft bauen?

22 Stadtrat

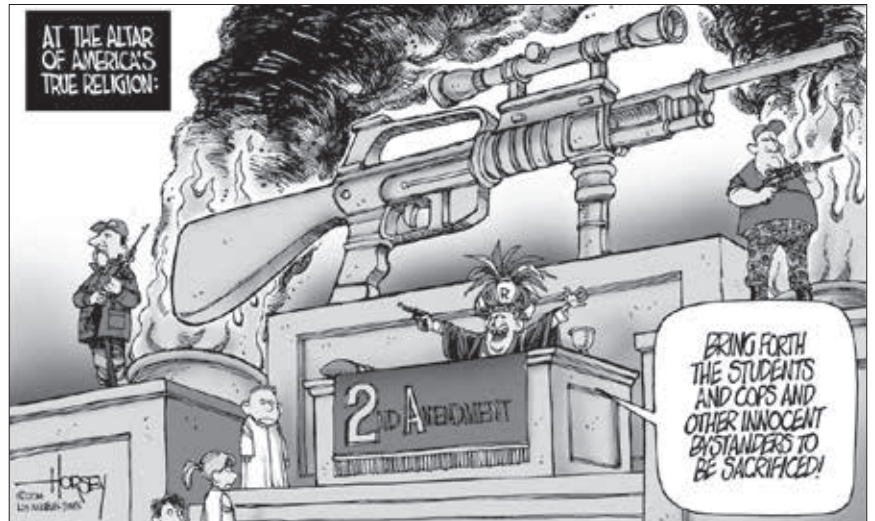
Geld oder Geist?

24 Überwachungsstaat

Asyl für Snowden

25 Serviceteil

Büchermail
Veranstaltungen
Adressen
Impressum



In den USA gehören inzwischen Amokläufe mit Toten und Verletzten in Schulen und anderen öffentlichen Bereichen zur Tagesordnung. In keinem anderen Land sind Zivilpersonen dermassen bis an die Zähne bewaffnet wie in diesem «Vorbild» der westlichen Zivilisation. Und inzwischen verlangt eine Bewegung, dass Waffen offen getragen werden dürfen, vor allem im Süden.

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Hünenberg
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Grüne Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten

- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Topkandidatinnen und -kandidaten

Monika Hirt, Wahlausschuss der Alternativen – die Grünen Kanton Zug



Seit unserem Anstoss ins Wahljahr ist einige Zeit vergangen und der Wahltag vom 5. Oktober rückt immer näher. Die Wahlen finden mit zwei entscheidenden Änderungen statt: Neu wird die Exekutive nach dem Majorzsystem gewählt und für die Kantonsratswahlen gilt der Doppelte Pukelsheim (detailliertere Infos dazu auf Seite 15).

Am Doppelten Pukelsheim haben wir Alternative – die Grünen grosse Freude. Um das neue System optimal zu nutzen, lautet die Devise, in allen Gemeinden mit einer vollen Kantonsratsliste anzutreten. Dieses Ziel haben wir mit einer Ausnahme erreicht – und das bereits Mitte Juni! Danke euch allen, liebe Kandidierenden, für euren Mut, eure Bereitschaft und Zeit, die ihr dafür aufbringt. Es ist bekannt, dass wir hingegen gar keine Freude am Majorzwahlssystem haben. Im Moment ist nichts daran zu ändern und deshalb heisst es für uns, das Beste daraus machen. Und das machen wir! Nicht weniger als

acht grüne, alternative oder christlich-soziale Gemeinde- respektive Stadtratskandidatinnen und -kandidaten stellen sich in sieben Zuger Gemeinde zu Wahl – und dies mit besten Chancen für die Wiederwahl oder eine Neuwahl. Auf den Seiten 8 bis 14 haben sie Platz für ihre Motivationen und Beweggründe erhalten. Was heisst es nun, im Majorz zu wählen oder gewählt zu werden? Entscheidend ist diese Frage vor allem auch für die Wiederwahl unserer Regierungsrätin, Manuela Weichelt-Picard. Was bedeutet das neue System für sie als Kandidierende, aber auch für uns als Partei in Bezug auf ihre Kandidatur und die Wahlwerbung? Majorzwahlen sind Personenwahlen. Das bedeutet, dass Manuela Weichelt-Picard in erster Linie als Person, als amtierende, bisherige Regierungsrätin zur Wiederwahl antritt und im Wahlkampf als Persönlichkeit mit unseren Werten und Idealen auftritt. Die Änderung zum Majorz zeigt sich auch in den Wahlunterlagen: Es gibt keine Parteilisten

mehr, sondern nur noch einen Wahlzettel mit leeren Linien, auf den die Wählenden den gewünschten Namen/die gewünschten Namen ihrer favorisierten Regierungsrätin bzw. Regierungsräte selber schreiben müssen. Majorz heisst auch, dass jede Kandidatin und jeder Kandidat von sehr vielen Wählenden auf den Wahlzettel geschrieben werden muss, um zu den Gewählten zu gehören. Konkret: Manuela Weichelt braucht Stimmen aus allen Ecken des Kantons, von Menschen jeglicher politischer Couleur. Dass dies gelingt, dürfen wir nicht ihr allein überlassen. Wir alle sind aufgefordert, uns überall im Kanton für sie einzusetzen und sie dabei zu unterstützen! Der kantonale Wahlausschuss und alle lokalen Wahlkampfleiterinnen und -leiter engagieren sich wie immer dafür, eine gute, seriöse, authentische und lustvolle Wahlkampagne auf die Beine zu stellen. Um möglichst jeden Franken in die Werbemittel stecken zu können, geschieht dies in Freiwilligenarbeit. Dem riesengrossen Engagement aller Beteiligten gebührt ebenfalls ein allerherzlichstes Dankeschön! Stichwort «jeder Franken»: Wie ihr wisst, Wahlen kosten! Deswegen sind wir tatsächlich dankbar für jeden Franken, den wir für die Ausgestaltung der Wahlen erhalten. Um dem nachzuhelfen, findet am 20. September der traditionelle Sponsorevent der Alternativen – die Grünen unterhalb des Regierungsgebäudes in der Stadt Zug statt! Von 14 bis 22 Uhr gibt es Infos, Verpflegung und Musik. Der eigentliche Sponsorenlauf startet diesmal in den Kategorien «Sport» und «Plausch». Macht mit oder sponsert unsere Läuferinnen und Läufer oder eines der Plauschteams! Wir freuen uns auf euer Kommen! ■

Transparenz und ein Zug für alle

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen | Bilder BULLETIN

4 Seit 2013 arbeitet die Alternativ-Grüne Fraktion im Kantonsrat intensiv. Oft auch mit Erfolg, nach teils jahrelangem Einsatz: So das Ja des Volks zu fairen Kantonsratswahlen (Pukelsheim) – so das Ja zum Öffentlichkeitsgesetz – so die Sicherung von vier Standorten für unsere Mittelschulen. Und die AGF konnte wichtige Themen in der Öffentlichkeit besetzen: die den gesunden Staatshaushalt gefährdende Spar- und Wachstumspolitik, den Rohstoffhandel mit seinen negativen Folgen oder die Rolle von Zug als Hafen für Steuerflüchtlinge.

Es war knapp im Februar 2014, aber Zug hat die Masseneinwanderungsinitiative nicht angenommen. Sicher auch, weil die Alternativ-Grüne Fraktion (AGF) seit Jahren die negativen Folgen des enthemmten Zuger Wachstums aufzeigt und im Gegensatz zur SVP glaubwürdig Lösungen vorantreibt für den Landschaftsschutz, für zahlbares Wohnen, für sichere und faire Arbeitsplätze sowie für eine massvolle nachhaltige Wirtschaft. Dies tat die Fraktion in den letzten 18 Monaten im Kantonsrat bei zahlreichen Vorlagen zu Steuern, zur Richtplanung, zum Landschaftsschutz, dem öffentlichen Verkehr, Wachstum und Lex Koller.

Die SVP argumentierte mit echten Sorgen der Bevölkerung zu Wachstum, Zersiedelung, hohen Wohnkosten, Zuger Identität und Tieflohnen. Doch ist die SVP nicht Teil der Lösung, sondern Hauptverursacher des Problems – gerade in Zug: Die SVP sagte Nein zu Zonen für zahlbares Wohnen im Richtplan, SVP-Baudirektor Tännler trieb die Zubetonierung der Seeufer- und Landschaftsschutzzone in Risch voran, die SVP forderte mehr Strassen, sie will mit noch tieferen Steuern und einer weiteren Arbeitsmarktde-regulierung für Wachstum mit null Lohnschutz vorantreiben, und sie bekämpfte gar strengere Integrationsauflagen für Zuziehende. Es ist stossend, wie die SVP vorgibt, sich um die Probleme der Menschen zu kümmern, aber in der realen Welt, diese verschlimmbessert.

Zugs enthemmtes Wachstum wird nicht nur von der SVP, sondern auch

von der Regierung sowie von FDP und CVP vorangetrieben. Die Folgen: Abwanderung ganzer sozialer Schichten, hohe Wohn- und Lebenskosten für die Bleibenden, Mehrverkehr, Zubetonierung von Grünflächen, Identitätsverlust. Die Ankündigung von Finanzdirektor Hegglin, die Unternehmenssteuern bald weiter zu senken, zeigt das fehlende Problembewusstsein für den letztlich für alle Kantone ruinösen Steuerwettbewerb.

Finanzhaushalte nicht gefährden

In der Stadt Zug führte die verantwortungslose bürgerliche Steuerpolitik zu Sparpaketen bei Familien, Schulen, Kultur. Dies um die jahrelangen Steuersenkungen für die Reichen ja nicht rückgängig machen zu müssen. Seit Jahren schreibt nun die Stadt aufgrund mangelnder Einnahmen rote Zahlen. Bedenklich ist, dass auch der Kanton in ein strukturelles Defizit rutscht. Hätte er nicht die Steuerausgleichsreserve von 47,5 Millionen aufgelöst und die Bauinvestitionen nicht um 31,5 Millionen unterschritten, hätten wir schon 2013 ein Defizit von über 70 Millionen verzeichnet. Bis 2017 sind Defizite von 70 bis 96 Millionen vorgesehen. Die Ursache: Vier Steuergesetzrevisionen seit 2007 führten zu tieferen Steuereinnahmen von über 200 Millionen Franken jährlich für Kanton und Gemeinden. Die Stadt alleine verzeichnete Mindereinnahmen von 25 Millionen. Die letzte Revision war definitiv eine zu viel, senkte doch allein diese die Gewinnsteuern für Kapitalgesellschaften um 50 Millionen Franken. Selbst

Bürgerliche beginnen zu ahnen, es kann nicht immer so weitergehen mit Steuersenkungen – sonst gefährden wir die Finanzhaushalte des Kantons und der Gemeinden. Zug ist international und national steuerlich bereits sehr gut positioniert und muss mit den vorhandenen Steuereinkünften andere Standortfaktoren wie Infrastruktur, Bildung, Umwelt, Wohnqualität etc. pflegen sowie die Folgen des Wachstums für Bevölkerung und Umwelt mildern. Nur so sieht die AGF ein wirtschaftlich wie gesellschaftlich ausgeglichenes und langfristig erfolgreiches Zug.

Mehr Transparenz

Die Alternative – die Grünen (ALG) fordert seit 20 Jahren Schluss mit der Geheimniskrämerei in der Politik. Gegen die FDP und Teile der CVP konnten wir uns nun mit dem neuen Öffentlichkeitsgesetz endlich durchsetzen, das Verwaltung und Politik gegenüber allen BürgerInnen zu Transparenz verpflichtet. Das verhindert Filz und schafft Vertrauen in Entscheidungen und im Handeln von Behörden und gewählten PolitikerInnen. Der nächste Schritt wäre nun die volle Transparenz bei Wahl-, Abstimmungs- und Parteifinanzierung.

Faire Wahlen

Mit über 80% unterstützt das Volk (gegen SVP, CVP, FDP) das von unserer Regierungsrätin Manuela Weichelt vorgeschlagene neue Zuger Kantonsratswahlverfahren. Bis heute waren je nach Grösse der Gemeinde bis zu 33 Prozent der abgegebenen Wahlstimmen wertlos. Das Volk stoppte nun den Stimmenraub und sorgt dafür, dass das Prinzip «1 Person = 1 Stimme» besser zur Geltung kommt. Gleichzeitig ist garantiert, dass jede Gemeinde ein eigener Wahlkreis bleibt.

Leider hat sich – trotz vehementem Widerstand der ALG im Rat und bei der Volksabstimmung – im dritten Anlauf der Majorz für Exekutiven durchgesetzt – so drohen Zug wieder

Verhältnisse wie vor 1885, als der grösste Block alle Sitze machte und selbst grosse Minderheiten vom Regieren ausgeschlossen wurden.

Wichtig bei allen Wahlen: Wer Personen von anderen Parteien aufschreibt, der gefährdet die Wahl des eigenen bevorzugten Kandidierenden.

Vorwärts mit 4 Mittelschulstandorten

Als einzige Fraktion setzte sich die AGF bereits im Sommer 2012 im Kantonsrat für den neuen Kantionsstandort Cham mit gleichzeitiger Investition in die bestehenden Mittelschulstandorte Menzingen, Lüssiweg Zug und Hofstrasse Zug ein. Nach einer unnötigen vor allem von der CVP verursachten einjährigen «Mitwirkungsschleife» stimmte dann der Kantonsrat 2013 endlich für vier Mittelschulstandorte. 2014 setzen wir uns nun ein, dass die Objektkredite zügig gesprochen werden, damit die Schulraumnot an der Kanti endlich behoben wird.

Tiefere Renten, Druck aufs Personal

Die Pension für die zahlreichen Angestellten wie Lehrpersonen, Werkhofmitarbeitende oder Hebammen wurde gegen unseren Widerstand um 12 Prozent gekürzt. Stossend ist, dass die Unterdeckung der Kasse nach dem Wechsel vom Beitrags- zum Leistungsprimat 1994 nie ausfinanziert wurde und die Versicherten seither mit ihren Beiträgen und massiven Leistungskürzungen hunderte von Millionen Franken für eine gesunde Kasse selber bezahlt haben. Alle Anträge der ALG für geringere Renteneinbussen wurden von GLP, SVP, CVP und FDP abgelehnt.

Fürs Verwaltungszentrum, für weitere Strassen und für den Stadttunnel sind Milliardenausgaben kein Problem – aber bei kantonalen Angestellten wird gespart. So wies die kantonale Rechnung 2013 tiefere Personalkosten als budgetiert aus – die Regierung ist «stolz» darauf – doch gleichzeitig stieg die Überstunden-

zahl an und im Jahresbericht kann man allenthalben lesen, dass der Druck aufs Personal ansteigt. Zug soll gemäss Bürgerlichen wachsen, doch das Mehr an Firmen und Menschen und Aufgaben soll dann mit weniger Personal bewältigt werden – das geht so nicht auf!

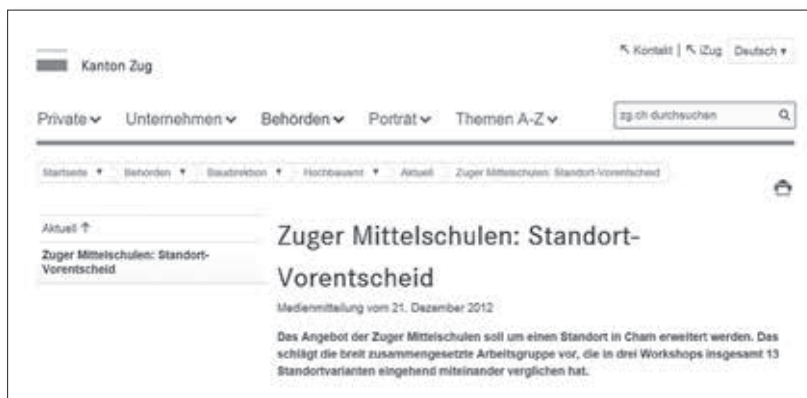
Eine neue IT-Strategie für Zug

Eine spezielle IT-Kommission hat gründlich, mit viel Sachkompetenz und zukunftsorientiert erläutert, wieso das Informatikprojekt der Einwohnerkontrolle gescheitert ist. Die AGF

steht hinter der Kommission und unterstützt die in Bericht und Motion aufgestellten Forderungen. Sie zielen darauf ab, dass Zug eine neue Strategie für eine professionellere kantonale Informatik entwickelt. Die Kommission stellte im Bericht ein «von Formalismen und Misstrauen geprägtes Verhältnis» zwischen Kanton und Gemeinden fest. Darum verlangt sie zu Recht, dass mit Hilfe von externen Experten eine «Neubeurteilung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich Informatik» stattfindet und die Schaffung



Ein Erfolg der AGF: das Öffentlichkeitsprinzip.



Ein weiterer Erfolg der AGF: vierter Mittelschul-Standort.

6

eines «gemeinsamen IT-Dienstleistungszentrums» analog Ob- und Nidwalden geprüft wird.

Eingeschränkte Bürgerrechte

Ohne richterliches Urteil kann die Polizei künftig die Bewegungsfreiheit von BürgerInnen mit drei jährigen Rayonverboten einschränken und sie in die Hooligan-Datenbank eintragen. Eine unschuldige Person muss ihre Unschuld selber beweisen. Diese und andere Massnahmen sind unverhältnismässig, da sie auf alle BürgerInnen und Fans zielen statt auf StraftäterInnen. Die ALG versteht sich als liberale Bürgerrechtspartei – mit dem Ja zum Hooligan Konkordat wurde das Prinzip der Unschuldsvermutung verletzt.

Auch mit dem neuen Baugesetz schränkt der Kantonsrat die Rechte der BürgerInnen ein. Neu sollen alle Baueinsparungen mit Gebühren belegt werden. Gerade angesichts von Wachstum und reger Bautätigkeit sowie mit dem Bekanntwerden von illegalem Bauen (Risch!), ist dieses Recht nicht einzuschränken. Den Befürwortern geht es darum, möglichst schnell und ohne Widerstand von der ansässigen Bevölkerung bauen zu können. Wir bereiten das Referendum vor ...

Geld stinkt doch

Der Bericht des Bundesrates hat es aufgezeigt: Im Rohstoffhandel herrschen gravierende Missstände: Menschenrechtsverletzungen, organisierte Kriminalität, Korruption, Umweltschädigung und Steuerumgehung. Alles Tatsachen, auf welche wir Alternativen – die Grünen seit Jahren aufmerksam machen. Die ALG und viele Zugerinnen und Zuger interessiert es, wie in Zug ansässige Firmen ihre Profite machen, woher unsere Steuereinnahmen kommen. Faire und sichere Arbeitsbedingungen, das Respektieren der Menschenrechte und ein Ende der Umweltzerstörung in den Rohstoffabbau ländern – hier

für lohnt es sich, sich zu engagieren. Immerhin: Die Volkswirtschaftsdirektion äusserte sich im Rat kritischer als auch schon.

Scheinzuger

Im Rahmen der Lex-Koller-Debatte setzte sich die AGF dafür ein, dass auch in Zug ausländische Personen nur eingeschränkt Grundstücke in der Schweiz erwerben können. Es bestehen Zweifel, ob die Volkswirtschaftsdirektion dieses Gesetz ausreichend konsequent durchsetzt. Sehr lasch scheint der Umgang mit dem Begriff Lebensmittelpunkt zu sein, der Voraussetzung für eine Aufenthaltsbewilligung und somit für Grundstückserwerb ist. So im Fall Vekselberg: Die Direktion des Innern hat Beschwerde gegen die Volkswirtschaftsdirektion eingelegt. Kam zwar nicht durch – aber das Gericht rügte die Volkswirtschaftsdirektion für mangelnde Abklärungen. Der russische Oligarch wird mit Pauschalbesteuerung belohnt, verteuert unsere Immobilienpreise und strebt als Scheinsshafter die Staatsbürgerschaft an ...

Asyl – alles im Griff

Die einen sind willkommen, sind aber nicht hier – die anderen sind hier, aber nicht willkommen. Mit mehreren Vorstössen wollte die SVP, aber auch CVP und FDP, das Asylthema in Zug bewirtschaften, lief aber komplett auf. Grund? In Zug gibt es wenige Probleme – dank dem Einsatz der Gemeinden und der Direktion des Innern. Sogar bürgerliche Mitglieder der Begleitgruppe im umstrittenen Waldheim in der Stadt bestätigten, dass der Betrieb «problemlos» gewesen sei.

Gemeindegesezt

Deutlich begrüssen alle Gemeinden die Überarbeitung des über 30-jährigen Gesetzes, um es der heutigen Realität anzupassen. Die Gemeindeautonomie wird gestärkt und die Verfahren

und Zuständigkeiten klarer geregelt. Die CVP versuchte sich in Fundamentalopposition, zielte so auf Manuela Weichelt und kam ... nicht durch.

Schlechte Bahnlösung Walchwil

Die AGF setzte sich für eine optimale Lösung für den Bahnausbau zwischen Zug und Goldau ein. Die nun festgelegte Doppelspur mitten im Dorf Walchwil ist sehr teuer, führt zu anderthalbjährigem Streckenunterbruch und belastet beim Bau die WalchwilerInnen. Trotz der hohen Kosten gibt es für den Regionalverkehr keinen Zusatznutzen: Ein Halbstundentakt der S2 zwischen Zug und Goldau wird nicht realisiert. Die Sperre der Neatzulaufstrecke am Tage der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels ist ein Schildbürgerstreich und beeinträchtigt zudem den Betrieb der S1 wegen der Ausweichroute über Rotkreuz. Die Ausweichstelle Murrpflü, kombiniert mit einem Ausbau am Bahnhof Zug, hätte diese Nachteile nicht gehabt.

Freude statt Frust an der Sprache

Vor der Abstimmung für zwei Fremdsprachen an der Primar wurde der Bevölkerung ein «spielerischer, kindergerechter Fremdsprachenunterricht ohne Promotionsdruck» versprochen. Heute gibt es von Eltern und Lehrpersonen Klagen über Notendruck, überforderte Kinder, schlechte Lehrmittel, mangelhafte Unterstützung für Lehrpersonen. Die AGF fordert die Bildungsdirektion auf, den Sprachunterricht zu verbessern und Druck wegzunehmen. Sie stimmte zu – wir sind gespannt. Die Arbeit in der Fraktion ist vielseitig und wir sind auch immer wieder erfolgreich. Könnten aber Verstärkung gebrauchen. Wer Zug liebt, wählt ALG. Wir schützen die Heimat, sind die letzte wahre Wirtschaftspartei – denn wir brauchen eine Wirtschaft, die den Menschen nützt und sie nicht ausnützt und setzen uns vehement für die Bürgerrechte des einzelnen ein. ■

«Da stimmt etwas nicht!»

Manuela Weichelt-Picard | Bild René Windlin

Manuela Weichelt-Picard hat am diesjährigen 1. Mai auf dem Landsgemeindeplatz in Zug zu «Starkes Land – faire Löhne» gesprochen. Die Rede wird in verkürzter Form an dieser Stelle wiedergegeben.

Etwa dreimal so viele Menschen wie im Kanton Zug wohnen, erhalten schweizweit gesehen, weniger als 22 Franken pro Stunde für ihre Arbeit. Oder anders gesagt, jede neunte Person, die in der Schweiz arbeitet, erhält weniger als 22 Franken pro Stunde für ihre Arbeit. Wer sind diese Menschen? Es sind 70 Prozent Frauen! Und 77 Prozent sind 25 Jahre alt und älter.

Gesamtarbeitsverträge sind ein wichtiges Hilfsmittel. Ebenso auf die Branchen bezogene, allenfalls regional abgestufte Mindestlöhne. Die Vermögensunterschiede in der Schweiz sind extrem: 2,6 Prozent der Bevölkerung besitzen 50 Prozent der Vermögen. Die Schweiz gehört damit zu den ungleichsten Ländern der Welt. Die Steuer- und Abgabepolitik bevorteilt die allerhöchsten Einkommen



«Die Vermögensunterschiede in der Schweiz sind extrem: 2,6 Prozent der Bevölkerung besitzen 50 Prozent der Vermögen. Die Schweiz gehört damit zu den ungleichsten Ländern der Welt.»

Da stimmt etwas nicht

Die Schweiz ist angewiesen auf gut ausgebildete, motivierte und damit produktive Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie verfügt über eine sehr gute Infrastruktur und stabile politische Verhältnisse. Das sind wichtige Faktoren für unsere Wirtschaft und den sozialen Frieden. Wenn die Löhne aber immer mehr unter Druck kommen und es Menschen gibt, die trotz harter Arbeit nicht mehr von ihrem Lohn den Lebensunterhalt bestreiten können, dann stimmt etwas nicht. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und gegen Missstände geht weiter.

stark. Einige wenige bedienen sich. Andere arbeiten voll und sind daneben noch auf staatliche Unterstützung angewiesen, weil ihnen der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin nicht genügend zum Leben bezahlt. Das ist der wohlhabenden Schweiz unwürdig. Als Konsumentinnen und Konsumenten können auch wir etwas machen. So habe ich kürzlich erfahren, dass eine Mitarbeiterin der grössten Schweizer Warenhauskette an ihrem 25-jährigen Arbeitsjubiläum mit einem Blumenstrauss geehrt wurde. Kurz darauf hat sie die Kündigung erhalten. Ihr wurde ein neuer Arbeitsvertrag angeboten: Mit einem tieferen

Lohn!! Meine persönliche Konsequenz, ich werde nicht mehr in diesen Warenhäusern einkaufen.

7

Situation Kanton Zug

Die Sozialhilfequote ist im Kanton Zug seit sechs Jahren zum ersten Mal wieder leicht angestiegen. Über 30 Prozent der Menschen mit Sozialhilfe sind erwerbstätig, davon ein Drittel mit einem Vollzeitjob. Tiefstlöhne drängen die Betroffenen in die Sozialhilfe. Der Staat und damit die Allgemeinheit müssen einspringen, wenn Arbeitgeber Löhne bezahlen, die nicht zum Leben reichen. Die Zuger Regierung prüft nun ein Postulat, das Ergänzungsleistungen für Familien fordert. Um mehr Daten zu erhalten, wird der Regierungsrat einen Sozialbericht in Auftrag geben. Speziell im Kanton Zug sind die hohen Mietkosten und die wenigen verfügbaren und zahlbaren Wohnungen ein Problem. Der Leerwohnungsbestand ist hier sogar tiefer als im Kanton Zürich. Hier stimmt etwas nicht. Hier besteht Handlungsbedarf.

Diskriminierung der Frau

Frauen werden beim Lohn immer noch krass diskriminiert. Frauen verdienen in der Schweiz 18,4 Prozent weniger als Männer. Frauen verdienen nicht weniger, weil sie weniger leisten, sondern weil sie für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden. Über diese Situation müssen wir uns nicht wundern. Kürzlich hat Bundesrat Ueli Maurer hier in Zug im Casino für den Gripen gewonnen. «Wieviele Gebrauchsgegenstände, die 30 Jahre alt sind, haben Sie noch zuhause?», soll er gefragt haben. «Bei uns sind das nicht mehr viele, ausser natürlich die Frau, die den Haushalt schmeisst.» So berichtete das Online-Magazin der Zentralschweiz. Ein verunglücktes Witzchen – das allerdings tief blicken lässt. Anscheinend existiert in gewissen Kreisen eine Mentalität, die ich für überwunden hielt. ■

«Es geht ums Tun und nicht ums Siegen»

Berty Zeiter, Gemeinderatskandidatin Baar, bisher

8 Berty Zeiter ist seit gut 3 Jahren Gemeinderätin und Vorsteherin der Abteilung Soziales/Familie in Baar. Sie stellt sich für eine erneute Kandidatur zur Verfügung und schildert auf dieser Seite ihre Motivation und die Beweggründe. Berty Zeiter wird von der Alternative – die Grünen Baar portiert.



«Wann, wenn nicht jetzt?
Wo, wenn nicht hier?
Wer, wenn nicht ich?
Wodurch, wenn nicht durch Liebe?»
(Martin Luther King)

Dort, wo das Leben mich hingestellt hat, will ich meinen Teil beitragen für ein gutes Zusammenleben. Darum will ich wieder kandidieren und meine Kräfte einsetzen in den Herausforderungen unserer Zeit. Nach meiner Ausbildung als Primarlehrerin war ich als Katechetin, Sekretärin und Pfarreiratspräsidentin kirchlich tätig. In den 90er-Jahren gab es die ökumenische Aktion «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung». Sie machte mir bewusst, dass ich mein Engagement in der Politik weiterführen sollte. So durfte ich während 8 Jahren die Alternative – die Grünen von Baar im Kantonsrat vertreten, wo ich ein breites politisches Lernfeld antraf.

Tätigkeitsfelder

Seit 3½ Jahren bin ich nun im Gemeinderat Baar tätig. Als teamorientierte Person liegt es mir, gemeinsam

mit anderen etwas anzupacken und umzusetzen. Dabei kommen meine sozialen und integrativen Kompetenzen voll zum Tragen. Natürlich entsteht manchmal auch ein Spannungsfeld in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Ideen, die im Rat vertreten werden. Diese Arbeit finde ich deshalb im doppelten Sinn spannend. Ich arbeite unter dem Motto: «Wenn ich Kritik ernte, so gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder muss ich etwas dazulernen oder ich muss noch bessere Argumente bringen, um zu überzeugen.» Hartnäckig, jedoch auch kompromissbereit im Sinne der Sache und mit einem guten Auge für Menschen und ihre Anliegen, setze ich mich für tragfähige und nachhaltige Lösungen ein.

Meine Arbeit als Vorsteherin der Abteilung Soziales/Familie beinhaltet mit all den drängenden sozialen Fragen und Aufgaben ein weites Arbeitsfeld. Der Sozialdienst ist Anlaufstelle für Personen, die Rat und finanzielle Hilfe benötigen. Aber auch die Fachstellen für Gesundheit und Alter und für die familienexter-

ne Kinderbetreuung sind mir unterstellt. Zwei wichtige Projekte durfte ich in den letzten Jahren anpacken: Das Projekt «Gesund altern in Baar» motiviert die Generation 65+ dazu, der Gesundheit mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist höchst erfreulich, wie viele Menschen sich von den vierteljährlichen Anlässen im Gemeindesaal ansprechen lassen. Das zweite, aktuelle Projekt sieht die Einführung von Betreuungsgutscheinen für die familienexterne Kinderbetreuung vor. Denn mir liegt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr am Herzen.

Seit der Bund im Jahre 2011 die Pflegefinanzierung neu geordnet hat, sind die Gemeinden organisatorisch und finanziell stark gefordert. Ich präsidiere die Kommission Langzeitpflege, welche im Auftrag aller Zuger Gemeinden die spezialisierte Langzeitpflege aufbauen und konsolidieren soll.

Auch als Vizepräsidentin der Konferenz der Zuger Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher (Sovoko) schaue ich über die Gemeindegrenzen hinaus und pflege eine konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden.

Eigene Werte überdenken

Von meinen privaten Engagements will ich nur eines erwähnen: Am Zuger Kantonsspital bin ich als Kommunikationshelferin tätig. Die Begegnung mit Schwerkranken und Sterbenden macht mir immer wieder bewusst, was im Leben wirklich wichtig ist, und sie hilft mir, meine eigenen Werte stets neu zu überdenken. Gerne möchte ich meine Kenntnisse und Fähigkeiten für die nächste Legislatur weiter zur Verfügung stellen. Politik ist für mich ein Tätigkeitsfeld, wo ich meine Kräfte gezielt einsetzen kann für das Wohl aller in Baar wohnhaften Personen. Um es mit den Worten von Konstantin Wecker auszudrücken: Es geht mir «ums Tun und nicht ums Siegen». ■

Die Zeit ist reif für einen grünen Sitz

Andreas Hürlimann, Gemeinderatskandidat Steinhausen, neu

Nach 8 Jahren im Kantonsrat ist der 31-jährige Andreas Hürlimann noch immer ein altersmässig junges Ratsmitglied. Mit seiner beruflichen wie politischen Erfahrung ist er aber ideal gerüstet, um für die Grünen Steinhausen in den Gemeinderat einzuziehen. Im Folgenden erklärt er seine Kandidatur und wofür er sich einsetzen würde, wenn er gewählt würde.



Vor 8 Jahren wurde ich in den Kantonsrat gewählt. Als damals jüngstes Ratsmitglied habe ich mich rasch eingelebt und konnte bereits in meiner ersten Legislatur in der Stawiko und durch diverse Kommissionspräsidien wertvolle Erfahrungen sammeln. Meine Meinung wird über die Parteigrenzen hinweg be- und geachtet. Die Arbeit in der Exekutive hat mich von Anfang an interessiert, weshalb es für mich ein logischer Schritt ist, jetzt auch für den Steinhäuser Gemeinderat anzutreten. In meiner Gemeinde waren wir Grünen in den letzten Jahren nicht in der Exekutive vertreten. Wir konnten zwar auf die Zusammenarbeit mit unseren politischen Partnern zählen, aber gerade bei gewichtigen Entscheidungen nur indirekt mitwirken. Dies soll sich in der nächsten Legislatur ändern.

Politik ist die Kunst des Machbaren
«Politik ist die Kunst des Machbaren.» Dieser Spruch gilt für die

Exekutive viel mehr als für die Legislative. Denn hier wird zwar nicht minder um Positionen gerungen, dennoch trägt das Gremium anschliessend die Meinung als Kollegialbehörde in die Öffentlichkeit. Das stelle ich mir zwar nicht immer einfach vor. Doch zum ersten Mal in der politischen Tätigkeit können kleine, aber sehr konkrete Schritte direkt umgesetzt werden.

Das Gesicht von Steinhausen wurde in den letzten Jahren stark verändert: Grünflächen geraten unter Druck, es haben sich neue Quartiere gebildet. Diese sind nicht immer optimal an den öffentlichen Verkehr angebunden. Daneben besteht auch in der «Energistadt Steinhausen» noch grosses Potenzial bei erneuerbaren Energien oder bei Energiesparmassnahmen. Im Gemeinderat werde ich mich für einen lösungsorientierten Dialog mit der Bevölkerung einsetzen. Alle sollen einen einfachen Zugang zu Verwaltung und Politik haben. Diskutierte Themen und mög-

liche Alternativen sind transparent darzustellen. Abstimmungsbüchlein wie Webseite, aber auch eine einfache Auskunft am Schalter oder Telefon sollen verständlich und hilfreich sein. Ein weiteres Anliegen ist mir, Steinhausen über die Gemeindegrenzen hinweg besser zu vernetzen. Falls ich auch nochmals in den Zuger Kantonsratsrat gewählt werde, ist dies eine ideale Möglichkeit, vernetzend tätig zu sein. Es gilt zukunftsfähige Lösungen in den Bereichen Raumplanung, Mobilität, Informatik und im Sozialen voranzubringen.

Zuhören und Hinterfragen

Was wäre deine erste Amtshandlung? Diese Frage bekomme ich immer mal wieder gestellt. Ich denke, das hängt stark vom mir zugesprochenen Departement ab. Aber eines scheint mir klar: Zuerst gilt es zuzuhören. Den Mitarbeitenden und auch der Bevölkerung. Vieles wird bereits gut laufen und es besteht keine Notwendigkeit, alles umzukrempeln. Aber eine neue Aussensicht bringt auch immer wieder die Gelegenheit, Abläufe oder Strukturen anzupassen. Die Dienstleistungen der Gemeinde sollen verbessert werden. Dabei gilt es selbstverständlich auch, auf die Kosten zu achten, aber die Qualität der Leistungen wie auch die soziale Verträglichkeit soll dabei immer im Zentrum stehen.

Bereits als Kantonsrat habe ich mein Arbeitspensum zugunsten der politischen Arbeit reduziert. Im Falle einer Wahl zum Gemeinderat habe ich eine weitere Reduktion meines Arbeitspensums mit meinem Arbeitgeber bereits vereinbart. Ich meine: Steinhausen hat gewählte Behördenmitglieder verdient, welche sich intensiv in ihr Amt einbringen können und so die Anliegen der Bevölkerung auch konsequent verfolgen können.

Danke für jede Unterstützung, welche eine grüne Vertretung in der Steinhäuser Exekutive ermöglicht! ■

Steuersenkungen und andere Katastrophen

Jolanda Spiess-Hegglin, Stadtratskandidatin Stadt Zug, neu

10

In der Stadt Zug ist die Situation delikater. Wir haben einen «linken» Stadtrat, wobei dieser nicht unbedingt immer links handelt. Das Etikett hält also nicht ganz, was es verspricht. Für eine Handvoll FDP-naher Bürger ist dies trotzdem Grund genug, ein Vermögen in einen Verein namens BS14! (Bürgerlicher Stadtrat 2014) zu stecken. Sie bringen es fertig, dass es ein Jahr vor den Wahlen bereits keine wirklichen Sachthemen im Politgeschäft mehr gibt.



Die Parolen und Kandidaten, welche bereits seit dem letzten Herbst auf allen Kanälen präsent sind, kann nicht nur ich persönlich schon jetzt nicht mehr sehen.

Wir dürfen uns deshalb bereits jetzt darauf einstellen, dass in der Stadt Zug im Sommer/Herbst auf 9 von 10 Plakaten die ewiggleichen Gesichter von den Plakatwänden lächeln, die fünfmeist älteren Herren, denen man irgendwie nicht ganz abnimmt, dass es ihnen ums Wohl der Stadtzuger und Stadtzugerinnen geht. Letztere, die Frauen, sind in der BS14-Stadtrats-Auswahl ja auch gar nicht vertreten.

Sie merken, was ich ihnen erzählen will. Mit unserem bescheidenen Budget von ein paar Tausend Franken sind wir gegen die millionenschwere bürgerliche Lobby der klassische David gegen den steinreichen

Goliath. Ausser, dass David dieses Mal eine Frau ist.

Die Stadt Zug ist im Moment nicht prima aufgestellt

Es fehlt Geld in der Kasse, der kantonale Finanzausgleich lässt uns nicht mehr an Rechnungsüberschüsse glauben. Wir müssen sparen, an Orten, wo es schmerzt. In der Kultur, bei der Bildung, bei den Kindern. Mit der an der Urne klar gewonnenen Abstimmung für den Schüler-Buspass konnten wir ein Zeichen setzen. Doch es wird weiter gespart, auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft. Und was machen die Bürgerlichen? Sie fordern Steuersenkungen.

Jetzt hinterfragen auch die Medien

Was wir Alternativen seit 30 Jahren kritisieren, hinterfragen jetzt auch die Medien. Die Machenschaften von

Glencore werden mehr und mehr publik, im konservativen Säuliamt entschliessen sich diverse Gemeinden, eine halbe Million Franken in die Abbaugelände des Zuger Rohstoffkonzerns zurückzuspenden. Meine Einzelinitiative forderte, dass die Stadt Zug, eine der Hauptprofiteurinnen des dreckigen Geschäfts, ebenfalls 100'000 Franken spendet. Und was machen die Bürgerlichen im GGR? Sie lehnen eine Spende geschlossen ab, mit der Begründung, dass man damit ein Eingeständnis machen würde, dass in den Abbauländern Menschenrechte verletzt würden.

Monsterprojekt Stadttunnel

Kurz und knapp gesagt, wird uns dieser Tunnel nach jahrelanger Bauzeit unser Verkehrsproblem nicht lösen, im Gegenteil. Was bleibt, ist ein riesiges Loch in der Kasse, im Speziellen in jener der Stadt. Unsere Kinder und Enkel werden die Schulden für etwas abzahlen müssen, was sie gar nicht selbst entscheiden konnten. Falls Sie bürgerliche Politiker kennen, die diesem Projekt kritisch entgegengetreten, teilen Sie mir bitte die Namen mit. Ich kenne keinen. Unter den StadtratskandidatInnen bin ich sowieso die einzige, die keinen Tunnel will.

Dies sind drei Beispiele, die vor Augen führen, wie wichtig diese Stadtratswahlen für uns sind. Auch wenn eine Wahl in den Stadtrat ein schwieriges Unterfangen ist, so sind es unsere Themen, die Probleme, welche den StadtzugerInnen auf dem Magen liegen, welche wir öffentlich diskutieren müssen. Als weiblicher David habe ich einen schweren Stand und bin auf Ihre Unterstützung angewiesen. Was ich am David-Status hingegen sehr schätze: Narrenfreiheit für spontane und vielleicht auch freche Aktionen kann mit Bestimmtheit nur ich mir in den nächsten Monaten leisten. ■

Politische Realität und Morgarten-Mythos

Paul Iten, Gemeinderatskandidat Oberägeri, bisher

Paul Iten ist seit 2011 Mitglied des Gemeinderates und Ressortvorsteher Soziales in Oberägeri. Er vertritt das Forum Oberägeri, welches als Ortsgruppe den Alternativen – die Grünen Zug angehört und tritt bei den nächsten Wahlen erneut als Kandidat an. Im Folgenden stellt er seine Gründe dar, weshalb er sich nochmals für eine Kandidatur zur Verfügung stellt.



Ich habe die letzten vier Jahre im Gemeinderat und in den kantonalen Arbeitsgruppen und Konferenzen als spannend erlebt. Es ist meine Art, zuerst einmal zu beobachten, wie gearbeitet wird. Dann habe ich Schwerpunkte gesetzt. Es sind die folgenden Themen, die mich motivieren, weiter am «Gemeinderats-Ball» zu bleiben:

Wohnbauförderung im Riedmattli

Der Raumbedarf für Wohnen und Infrastruktur nimmt in der Schweiz seit Jahren ungebremst zu. Die Finanz- und Steuerpolitik unseres Kantons und auch unserer Gemeinde helfen mit, dass unser Boden zubetoniert wird. Oberägeri hat zudem durch seine einzigartige Lage viele reiche Leute angezogen. Das führte dazu, dass die Wohnungspreise für unsere Jungen nicht mehr zahlbar sind. Sie ziehen weg. Daher bin ich glücklich, dass ich von meiner Vorgängerin Marianne Weber das Wohnbauförderungs-Programm übernehmen durfte. Zurzeit planen wir im Riedmattli oberhalb des Dorfes die zweite Etappe. Dort sollen in erster Linie junge Familie Wohn-

raum kaufen können. Es gibt 4-½-Zimmer-Wohnungen für 600 000 Franken. Die gleiche Wohnung würde auf dem Markt heute für 1,5 Mio. angeboten. Die Broschüre ist noch im Druck – wir werden aber bereits heute von Anfragen überrannt.

Im Kanton Zug existiert aber auch das Problem, dass zu wenig preisgünstige Mietwohnungen erstellt werden. Für die nächste Amtszeit muss es für uns in Oberägeri deshalb auch ein Legislaturziel werden, günstige Mietwohnungen zu erstellen.

Wachstum bremsen

Das stetige Siedlungswachstum in der Schweiz zieht dem Natur- und Landschaftsschutz den Boden unter den Füßen weg. Geht die Zersiedelung im heutigen Tempo weiter, wird in rund 340 Jahren der allerletzte Quadratmeter Landwirtschaftsland in der Schweiz überbaut sein. Der Gemeinderat in Oberägeri wird in den nächsten Jahren kein zusätzliches Land einzonen. Wir müssen verdichteter bauen. Auch diese Aufgabe ist herausfordernd.

Familien unterstützen

Freizeit- und Betreuungsangebote, Spielplätze, Naherholungsräume gehören zu einem fortschrittlichen Ägerital. Die Gemeinde Oberägeri hat vom Kanton vor zwei Jahren das «alte Bahnhöfli» der ehemaligen Tramlinie von Zug nach Oberägeri abgekauft. Inzwischen ist ein Architekturwettbewerb am Laufen. 2017 sollen in diesem ehrwürdigen Gebäude eine Kinderkrippe mit 20 Plätzen, ein Jugendtreff und ein Kulturraum bezogen werden. Auch die Spielplätze im Dorf, in Morgarten und Alosen werden wir aufwerten.

Mit dem Bau des Bäderprojekts, das am 22. Juni vom Souverän beider Gemeinden befürwortet wurde, erstellt das Ägerital ein zeitgemässes Freizeitangebot. Dieses Projekt zeigt auch, dass die beiden Gemeinden Ober- und Unterägeri Probleme gemeinsam angehen können.

Mythos Morgarten

Die genauen Umstände, die zur Schlacht am Morgarten geführt haben, sind umstritten und stehen immer wieder im Fokus der historischen Forschung. Tatsache ist, dass dieser Mythos nächstes Jahr 700 Jahre alt wird. Morgarten prägte in den 700 Jahren auch das politische Verständnis der Schweiz. Solche Mythen geben vielen Menschen Heimatverbundenheit. Wir wollen nächstes Jahr diesen Mythos und diese Heimatverbundenheit feiern. Ein OK, in dem ich mitarbeite, bereitet ein grosses Volksfest vor. Wir erwarten 40'000 Gäste.

Für mich ist Heimat dort, wo ich mich wohl fühle und wo ich mit bekannten und neuen Gesichtern lachen und diskutieren kann. Deshalb engagiere ich mich auch in diesem, doch eher traditionell geprägten Bereich. Ich hoffe abschliessend, auch den einen oder anderen Leser oder Leserin des Bulletins an diesem Anlass zu treffen. Diskussionsthema: Mythos Morgarten ■

Mit Herz und Verstand

Vroni Straub-Müller, Stadtratskandidatin Stadt Zug, bisher

12

Vroni Straub-Müller kandidiert als CSP-Vertreterin zum dritten Mal auf der Liste der Alternativen – die Grünen/CSP für den Kantonsrat und zum zweiten Mal als Zuger Stadträtin. Im Folgenden schildert sie ihre bisherige Arbeit und ihre Beweggründe für eine erneute Kandidatur.



Wie schnell die Zeit vergeht! Alles begann mit einem kurzen Telefon an einem gewöhnlichen Vormittag – ich war ausnahmsweise daheim. Andreas Bossard hat mich angerufen und gefragt, ob ich für den Grossen Gemeinderat und den Kantonsrat kandidieren möchte. Ich habe zugesagt, ohne an Wahlchancen zu denken oder gar daran zu glauben. Ich wurde gewählt und das grosse Abenteuer Politik nahm seinen Lauf.

Auf die Welt bringen ...

Nach bald acht Jahren bin ich vom Politikvirus mehr denn je infiziert. Die Kombination von Kantonsrätin und Stadträtin sein ist für mich ideal. Nach vier Jahren Stadträtin fühle ich mich eingearbeitet. Ich kenne die Abläufe, die Prozesse und die vielen tollen Mitarbeitenden in der Zuger Stadtverwaltung.

Meine frühere Arbeit als Hebamme empfinde ich als wunderbare Grund-

lage für das Stadtratsamt – und überhaupt für die Arbeit in der Politik. Geduldig und hartnäckig sein, 24 Stunden präsent sein, Wichtiges von Unwichtigem trennen können sind nur ein paar Attribute, die helfen, den Alltag zu meistern.

Viele Geschäfte im Stadtrat begleite ich fast sowie ich früher eine Frau/Eltern unter der Geburt begleitet habe. Ich lasse den Dingen ihren Lauf, beobachte Reaktionen und greife ein – hartnäckig und bestimmt – wenn es droht, aus dem Ruder zu laufen.

... und an menschlichen Werten nicht sparen

In den letzten vier Jahren durfte ich dem Bildungsdepartement der Stadt Zug vorstehen. Mir gefällt es, zusammen mit vielen Lehrpersonen und Mitarbeitenden zum Wohle unserer Kinder, Jugendlichen und Familien zu arbeiten. Wegen der unsäglichen Steuergesetzrevisionen des Kantons

Zug spürten und spüren wir auch in meinem Departement den Spar- druck. Die Alternativen und die CSP haben sich immer und vordringlich gegen die letzte Steuersenkung ge- wehrt. Die linke Stadtregierung löffelt jetzt die Suppe unserer bürgerlichen Vorgänger aus. Wir konnten die einen oder anderen Ausgaben einsparen, Ausgaben, die sicherlich niemandem wehtaten. Nicht sparen werde ich aber bei den wirklich wichtigen Werten – bei der Wert- schätzung füreinander – und da ge- hören auch gute Arbeitsbedingungen und genügend personelle Ressourcen dazu. Nicht sparen dürfen wir an der Achtsamkeit untereinander. Nicht sparen dürfen wir an der Fan- tasie und der Kreativität in unseren Köpfen und vor allem nicht Sparen dürfen wir an der Freude und Begeis- terung für unsere Kinder in unseren Herzen.

Wenn ich wiedergewählt werde, will ich mich weiterhin für die Anliegen der Familien, unserer Kinder und Ju- gendlichen, der sozial Schwächeren und älteren Menschen einsetzen. Nahe am Menschen sein ist mein grösstes Bestreben. In Zug sollen alle Menschen selbstbestimmt und in Würde leben können.

Zug steht in der Verantwortung. Ich will mit meiner Stimme weiter an diese Verantwortung appellieren. ■

Grüne und soziale Tradition erhalten

Rémi Odermatt, Gemeinderatskandidat Risch, neu

Mit einem guten Mass an Berufs- und Lebenserfahrung ausgerüstet, bewirbt sich Rémi Odermatt (64) als politischer Quereinsteiger für einen Sitz im Rischer Gemeinderat. Nachdem sich die bisherige Gemeinderätin Marianne Schmid im Herbst aus beruflichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stellen kann, erklärt Rémi Odermatt sein Engagement als möglicher Nachfolger.



In meinen Berufsfeldern habe ich zeitlebens im gemeindlichen oder kantonalen Umfeld gearbeitet. Als Reallehrer in einer grossen Agglomerationsgemeinde und als ehemaliger Rektor für Schulentwicklung und Personalführung in Risch hatte ich stets regen Kontakt mit Eltern, Lehrpersonen und Gemeindebehörden. Die Aufgaben als Lehrer und Konviktleiter am kantonalen Lehrerseminar Kreuzlingen und mein jetziger Beruf als Leiter der Abteilung Schulaufsicht im Kanton Schwyz bringen mich damals wie heute täglich mit Schulleiterinnen und Schulleitern, Schul- und Gemeindebehörden oder auf der Ebene des Kantons mit dem Erziehungs- oder Regierungsrat zusammen. Die politischen Abläufe und das Umfeld im Kanton und in der Gemeinde sind mir vertraut. Dies, meine Freude an der Zusammenarbeit mit Menschen und mein immer schon waches Interesse an der Lokalpolitik bestärken mich, mich als bisher

nicht parteipolitisch gebundener Mensch für einen Gemeinderatssitz zu bewerben.

Scharnierstelle

«Das Gras wächst von unten» ist für mich nicht bloss eine einfache Bauernweisheit.

Auch der Mensch wächst von unten über die Familie und die Gemeinde in die lokale Gesellschaft hinein. Die Gemeinde ist der Ort, an welchem wir unser Leben gestalten, wo wir als Kinder via Volksschule unsere Grundbildung beziehen, wo wir uns in Sport- und anderen Vereinen mit Gleichgesinnten treffen und ohne grossen Aufwand unseren täglichen Bedürfnissen nachgehen können. Als ältere Menschen finden wir hier unterstützende und helfende Einrichtungen. Hier haben wir nicht bloss eine durch die Einwohnerkontrolle dokumentierte Identität, hier sind wir Einwohnerinnen und Bürger mit politischem Mitgestaltungsrecht. Damit nehmen wir Einfluss auf

unsere unmittelbare Umgebung in unserer Gemeinde.

Der Gemeinderat bildet die lokale Scharnierstelle zwischen den Menschen und all den verschiedenen Aufgaben, welche sich aus diesen Bedürfnissen und Lebenslagen ergeben. Hier möchte ich mich mit meinen Erfahrungen und Kompetenzen für alle Mitbewohnerinnen und Mitbewohner einbringen. Wir leben in einer schönen und sehr gut funktionierenden Gemeinde. Die bisherigen Gemeinderäte haben – seit über 20 Jahren auch mit einer stetigen Vertretung der Grünen (bisheriger Name Gleis 3) – mit umsichtigen, machbaren und zukunftsorientierten Entscheidungen dazu beigetragen, dass es sich hier gut leben lässt. Grosse Grünflächen konnten trotz reger Bautätigkeit erhalten bleiben, Arbeitsplätze geschaffen und die Infrastruktur à jour gehalten werden. Aktuell wird das Zentrum unseres Dorfes in eine Begegnungszone umgebaut. Aus dem Zusammenspiel von Finanzstrategie, -planung und Finanzkontrolle ergibt sich Prosperität und Finanzsicherheit von der wir alle profitieren.

Brücken bauen

Als Gemeinderat wäre es mir ein Anliegen, diese Errungenschaften als Basis für die Weiterentwicklung unserer Gemeinde zu sichern und dabei die Bedürfnisse der Menschen nach einer intakten Natur weiterhin zu beachten. Ein neu gewählter Gemeinderat hat bekanntlich nicht die freie Wahl eines Dikasteriums. Vielmehr übernimmt er, was offenbleibt. In jedem Aufgabenbereich würde ich jedoch gleich verfahren: Ich werde der Bevölkerung und den Mitarbeitenden zuhören und Brücken bauen. Brücken zwischen den Generationen, zwischen dem Gewünschten, dem Plan- und Machbaren – Brücken zwischen Politik, Verwaltung und den Menschen hier – weil das Gras von unten wächst, und nicht von oben. ■

Zusammen gestalten

Barbara Beck-Iselin, Gemeinderatskandidatin Menzingen, neu

14

In Menzingen kandidiert Barbara Beck-Iselin für einen Platz in der Exekutive. Als Neue – aber nicht Unbekannte – tritt sie gegen einen bürgerlichen Gemeinderat an. Als Co-Präsidentin der Kantonalpartei der Grünen – Alternativen, bringt sie ein grosses politisches Hintergrundwissen mit. Sie erklärt hier ihr Engagement und ihre Beweggründe für die Kandidatur.



Ich bin im Kanton Zug aufgewachsen und habe bereits von meinen Eltern erfahren, wie wichtig sozialpolitisches Engagement ist. Dann kamen die prägenden Jahre im Ausland und in Zürich: Die Welt hat sich geöffnet und mir Einsichten ermöglicht, die mich für mein politisches und menschliches Engagement gestärkt haben. Im Jahre 1986 bin ich mit meiner Familie nach Menzingen gezogen. Hier hat sich unsere Familie entwickelt – hier lebe ich gerne. Während viele Jahre setzte ich mich meist ehrenamtlich für Menschen ein, denen es nicht gut geht, die in unserer Gesellschaft am Rande stehen oder Hilfe brauchen. Die Gleichstellung der Frau ist und war mir ein grosses politisches und persönliches Anliegen.

Zusammen statt gegeneinander

Seit vielen Jahren arbeite und engagiere ich mich im Kanton Zug und durfte vieles bewirken. Aus meinen jahrelangen Aktivitäten bringe ich für die Arbeit im Gemeinderat Erfahrung, Wissen und eine gute lokale und kantonale Vernetzung mit. Meine Art ist es, an die Probleme sorgfältig heran-

zugehen. Dabei hilft mir mein systemisches und ganzheitliches Denken. Die letzten Jahre habe ich die schulergänzende Betreuung in Menzingen aufgebaut und mich dabei viel in der Gemeinde bewegt. Mit meiner Devise «Nicht verwalten sondern gestalten» bin ich bisher sehr gut gefahren. Ich achte und respektiere die Menschen und setze mich gerne für ihre Anliegen und ein gutes Zusammenleben ein. Dabei trägt mich meine parteipolitische Haltung. Im Alltag sind dann meist pragmatische Lösungen gefragt und hier nutze ich den verbleibenden Spielraum, um meine persönlichen Überzeugungen einzubringen: Aufeinander zugehen und verhandeln, die verschiedenen Sichtweisen einbringen und dann den besten Weg finden.

Gestalten statt verwalten

Daran würde ich als Gemeinderätin gerne mitarbeiten:

- Familienfreundliches Menzingen: generationenübergreifende Projekte weiterführen und Neues aufgreifen, dabei auch die Jugendlichen im Dorf ihre Erfahrungen machen lassen.

- Eine offene Kommunikation, eine Vielfalt an kulturellen und sportlichen Möglichkeiten soll unbedingt gefördert werden.
- Die Verarmung an Geschäften und Gewerben macht mir Sorgen. Der Kontakt zum Gewerbe und zu den Läden muss sorgfältig gepflegt werden.
- Die Schule in Menzingen ist sehr gut und wir müssen ihr Sorge tragen. Dafür setze ich mich ein. Schulwege sind mir dabei ein besonderes Anliegen.
- Die Erhaltung einer intakten Umwelt ist mir wichtig. Dazu zähle ich die naturnahe Gestaltung der Gemeinde. Ferner setze ich mich für den sorgfältigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ein. (Als ich hierherzog, gab es Riedlandschaften, die heute bis auf wenige Ausnahmen verschwunden sind. Die gelben Löwenzahnwiesen erfreuen mein Auge auch, aber längerfristig möchte ich wieder mehr Schmetterlinge, Vögel und seltene Blumen sehen.)
- Seit Jahren ist Menzingen kaum gewachsen. Nun stehen grosse Veränderungen an, im Carmel gibt es über 90 Wohnungen, das Kantonale Gymnasium in Menzingen wird vergrössert, die Veränderungen im Kloster Menzingen werden sich auf unsere Gemeinde weiterhin stark auswirken. Zudem gibt es für einige Zeit fremde Gesichter auf dem Gubel. Menschen, die aus ihrem Herkunftsland geflohen sind, leben für eine kurze Zeit in Menzingen. Auch das ist eine Herausforderung, die es positiv zu bewältigen gilt.

Ich bin nicht nur für das verantwortlich, was ich mache, sondern auch für das, was ich nicht mache. Mit diesem Gedanken kandidiere ich für den Gemeinderat Menzingen und bin bereit «zu machen». ■

Wie wählen

Philippe Koch, Politikwissenschaftler | Bild Internet

Am 5. Oktober 2014 wählen die Zuger Stimmberechtigten ihre VertreterInnen in die kommunalen und kantonalen Behörden. Im Vergleich zu den letzten Wahlen 2010 hat sich das Wahlrecht im Kanton Zug grundlegend geändert. Zeit also, den Artikel «Wählen einfach gemacht» (BULLETIN, 2010/2) zu aktualisieren.



Die Wahl der gemeindlichen und kantonalen Exekutiven nach dem Majorz-Prinzip ändert die Grundregeln folgendermassen:

Es gibt keine Parteistimmen, sondern nur noch persönliche Stimmen. Für die Verteilung der Sitze zählen dementsprechend ausschliesslich die persönlichen Stimmen, die die Kandidierenden erhalten.

Die Stimmberechtigten erhalten nicht mehr Parteilisten, die sie nach ihrem Gusto ändern können. Neu müssen die Stimmberechtigten eigenhändig die Kandidierenden, denen sie eine Stimme geben wollen, auf

einen leeren Wahlzettel schreiben. Kumulieren und panaschieren geht nicht mehr.

In Zug haben die BefürworterInnen des Majorz argumentiert, dass das Mehrheitswahlrecht das Wählen einfacher mache, da nur noch Personen und nicht mehr Parteien *und* Personen zur Wahl stünden. Das stimmt nur bedingt. Für einige Wählende mag es tatsächlich einfacher sein, sich für Personen und nicht für Parteien zu entscheiden. Doch alle Kandidierende auf die Liste zu schreiben, die man/frau gut findet, kann bei Majorzwahlen genauso kontraproduktiv sein wie nach altem Wahlrecht.

Eine Frau/ein Mann sieben Stimmen

Das demokratische Prinzip «Eine Frau/ein Mann eine Stimme» tönt einfacher als es tatsächlich ist. Bei den Regierungsrats- und Gemeinderatswahlen haben die Stimmberechtigten nicht eine, sondern sieben bzw. fünf Stimmen, je nach dem wie viele Sitze zu besetzen und Linien auf dem Wahlzettel sind. Bei Proporzwahlen konnten die Wählenden alle sieben (bzw. fünf) Stimmen abgeben, ohne den eigenen Wahlentscheid zu verwässern: Man konnte einfach die Parteiliste einwerfen und wusste, dass alle Stimmen den Wunschkandidierenden zugutekommen. Beim Majorz ist es komplizierter. Die Personen unterschiedlicher Parteien stehen in direkter Konkurrenz. Dementsprechend kann es strategisch sinnvoll sein, nicht alle sieben (bzw. fünf) Stimmen, die die Stimmberechtigten haben, zu vergeben. Mit Proporz wurden auch leere Linien der Partei gutgeschrieben. Unter Majorz werden leere Linien niemandem gutgeschrieben, also auch nicht dem politischen Gegner.

Pukelsheim

Der Doppelte Pukelsheim ändert für die Wählenden grundsätzlich nichts. Was sich ändert, ist einzig die Logik bei der Verteilung der Sitze. Wie vor vier Jahren und ganz nach dem Motto «Gutes tun und darüber sprechen» gilt also für die Parlamentswahlen: die Liste der Grünen, Christlich-Sozialen, Jungen Alternativen einwerfen und andere vom Gleichen überzeugen. ■

20 Prozent in 20 Jahren

Andreas Lustenberger, Kantonsrat Alternative - die Grünen | Bilder Junge Alternative Zug

16

Gemeinsam mit der Juso Zug sammeln wir jungen Alternativen seit dem 26. Juni 2014 Unterschriften für die kantonale Volksinitiative «Für bezahlbaren Wohnraum». Mit diesem Volksbegehren fordern wir die Schaffung und den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum mit dem Ziel, dass bis in 20 Jahren 20 Prozent der Wohnungen im Kanton Zug bezahlbar sind.

3.5-Zimmer-Wohnung für 2800 Franken, Kurzzeit-Loftwohnung für internationale Topmanager und 7-Zimmer-Terrassenhäuser, bewohnt von zwei Personen – so präsentiert sich aktuell der Zuger Wohnungsmarkt. Gemäss dem Amt für Wohnungswesen des Kantons Zug erfüllen nicht einmal 5 Prozent aller Wohnungen die Kriterien der Definition «preisgünstig». Vereinzelte bezahlbare Wohnungen werden von den Gemeinden und Medien jeweils gefeiert wie ein Weltmeistertitel, sind aber höchstens ein Tropfen auf den heissen Stein oder ein schlechter Versuch neoliberaler PolitikerInnen, doch noch die Absolution zu erhalten.

Paradies für Alte und Reiche

Das Wirtschaftsmagazin Bilanz veröffentlichte im Februar 2012 parallel zum alljährlichen Städteranking auch einen Artikel über die besten Wohnorte für die jeweiligen Zielgruppen. Und dort steht es schwarz auf weiss: Zug ist ein Paradies für Alte und Reiche. Die sozioökonomischen und demografischen Auswirkungen dieser Entwicklung sind gravierend. Die schleichende «Entzugerung» führt nicht nur zum Verlust von Herz und Niere der immer seelenloseren Zuger Gemeinden, sondern auch zu wachsenden Pendlerströmen und damit zur Überlastung von Strasse und ÖV. Auch die steigende Alterung unserer Kantonsbevölkerung zeigt sich in den konstanten Nachwuchsproblemen in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen deutlich.

Preisgünstig oder gemeinnützig?

Der Ausdruck «bezahlbarer Wohnraum» klingt im ersten Moment ab-

solut logisch. Aber was genau bedeuten Worte wie «bezahlbar», «preisgünstig», «gemeinnützig» und «Kostenmiete»? Als «gemeinnützig» wird grundsätzlich eine Tätig-

tigen Mietzinsen». Die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung schlägt deshalb vor, sich am Begriff der «Kostenmiete» zu orientieren, denn «preisgünstig» beziehungsweise «bezahlbar» sind regional sehr unterschiedlich definiert. «Kostenmiete» bedeutet, dass der Vermieter des preisgünstigen Wohnraums keinen oder höchstens einen geringfügigen Gewinn auf den Mietzins erzielen darf.

<p>Wohnung Anzahl Zimmer: 3.5 Etage: 3. Etage Wohnfläche: 87 m2 Baujahr: 2014 Verfügbar: 01.01.2015</p> <p>Miete/Monat: CHF 2'660.-- Netto Miete: CHF 2'370.-- Nebenkosten: CHF 290.--</p>	<p>Wohnung Anzahl Zimmer: 4.5 Etage: 13. Etage Wohnfläche: 180 m2 Nutzfläche: 180 m2 Baujahr: 2014 Verfügbar: 01.07.2014</p> <p>Miete/Monat: CHF 9'900.-- Netto Miete: CHF 9'300.-- Nebenkosten: CHF 600.--</p>	<p>Wohnung Anzahl Zimmer: 3.5 Etage: 7. Etage Wohnfläche: 236 m2 Baujahr: 2013 Verfügbar: nach Vereinbarung</p> <p>Miete/Monat: CHF 5'870.-- Netto Miete: CHF 5'440.-- Nebenkosten: CHF 430.--</p>
<p>Wohnung Anzahl Zimmer: 2 Etage: EG Wohnfläche: 45 m2 Baujahr: 2010 Verfügbar: 01.10.2014</p> <p>Miete/Monat: CHF 2'715.-- Netto Miete: CHF 2'500.-- Nebenkosten: CHF 215.--</p>	<p>Wohnung Anzahl Zimmer: 4.5 Etage: 1. Etage Wohnfläche: 166 m2 Baujahr: 2010 Verfügbar: nach Vereinbarung</p> <p>Miete/Monat: CHF 7'100.-- Netto Miete: CHF 6'600.-- Nebenkosten: CHF 500.--</p>	<p>Loft Anzahl Zimmer: 1 Etage: EG Wohnfläche: 136 m2 Baujahr: 2014 Verfügbar: nach Vereinbarung</p> <p>Miete/Monat: CHF 2'610.-- Netto Miete: CHF 2'160.-- Nebenkosten: CHF 450.--</p>

Nur für Reiche: der Zuger Wohnungsmarkt.

keit bezeichnet, die darauf abzielt, das allgemeine Wohl zu fördern und dabei keine eigenen Interessen in materieller und wirtschaftlicher Hinsicht verfolgt. Diese Definition können insbesondere Wohnbaustiftungen und Wohnbaugenossenschaften für sich in Anspruch nehmen. «Gemeinnützig» ist deshalb «preisgünstig» vorzuziehen. Für den Begriff «preisgünstig» existiert auch im Wohnbauförderungsgesetz des Bundes keine abschliessende Definition, sondern nur Umschreibungen, wie zum Beispiel «für Haushalte mit tiefem Einkommen» oder «Mietwohnungen mit güns-

Situation im Kanton Zug

Der Kanton Zug kennt ein Wohnbauförderungsgesetz, welches vor allem einzelnen Personen die Miete vergünstigt, falls verschiedenste Kriterien erfüllt sind. Zudem werden Tiefzinsdarlehen an gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften abgegeben, um diese beim Bau von Wohnungen zu unterstützen. Beide Modelle sind zwar ehrenhaft, aber in ihrer Wirkung wenig nützlich. Nur wenige Personen machen von der individuellen Unterstützung Gebrauch, welche etwas zu sehr als getarnte Sozialhilfe daherkommt. Und die gemeinnützigen Genossen-



Kein bezahlbarer Wohnraum in Zug: Sitzen wir jungen bald auf der Strasse?

schaften kämpfen im Kanton Zug nicht primär um Geld für den Bau, sondern mit den astronomisch hohen Landkosten.

Jetzt Initiative unterstützen!

Die Jungen Alternativen werden gemeinsam mit der Juso den ganzen Sommer mit ihrem mobilen Wohnzimmer unterwegs sein. Und natürlich sind wir froh über jede Mithilfe beim Sammeln! Unser ehrgeiziges Ziel, die Initiative noch diesen Herbst einzureichen, erreichen wir nur gemeinsam. Weitere Infos sowie Unterschriftenbögen gibt es auf www.bezahlbarer-wohnraum.ch. ■

Junge Alternative wählen

Mit Andreas Lustenberger hat 2013 erstmals eine Vertretung der Jungen Alternative Zug den Einzug in den Zuger Kantonsrat geschafft. Und die jugendliche Frische, mit welcher der junge Kantonsrat sich für seine Anliegen engagiert, vermag zu beeindrucken. Wenn Sie wie ich der Meinung sind, dass es im Kantonsrat auch noch mehr junge, engagierte Stimmen vertragen würde, dürfen Sie sich auf den Oktober freuen: In fast allen Gemeinden stellen sich Mitglieder der Jungen Alternative der Verantwortung und bieten sich zur Wahl an. Sie finden uns auf einer gemeinsamen Liste mit den Alternativen – die Grünen und der CSP. Wir danken herzlich für jede Stimme!

Jonas Feldmann, Co-Präsident Junge Alternative Zug

Prämienexplosion stoppen!

Anne-Lea Portmann, SP Schweiz | Bild Bundesamt für Gesundheit

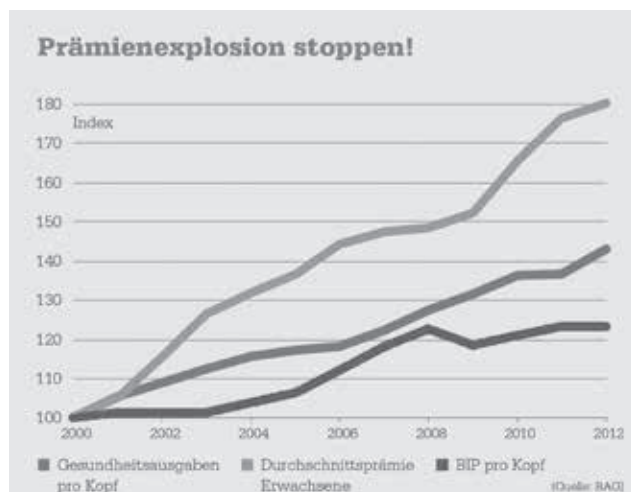
18

In der Schweiz haben wir ein ausgezeichnetes Gesundheitssystem. Das Angebot ist umfassend, für alle zugänglich und qualitativ hochstehend. Das Krankenversicherungssystem, das von Kompetenzen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene sowie zahlreichen privaten Akteuren reguliert wird, ist jedoch teilweise ineffizient und intransparent. Die öffentliche Krankenkasse, über die wir am 28. September abstimmen, will diese Mängel endlich beheben.

Das Krankenversicherungssystem ist kein gewöhnlicher Markt, weil die privaten Krankenkassen mit der Grundversicherung ein identisches Produkt für alle anbieten. Trotzdem werden dafür unglaubliche 300'000 verschiedene Prämien verrechnet – je nach Alter, Geschlecht, Kanton und Versicherungsmodell. Ärztinnen und

sind so gesetzt, dass die Krankenkassen viel Geld in die Anwerbung von gesunden, jungen Versicherten investieren. Die Kassen umgehen das Verbot, Versicherte aufgrund ihrer Krankheitsrisiken auszuschliessen, systematisch, um als Billigkassen ihre Prämien tief zu halten. Diese Risikoselektion führt zu ungerechten

Prämienunterschieden und insgesamt höheren Prämien. Der Wettbewerb dreht sich also nicht um eine kostengünstige und für alle qualitativ optimale Behandlung, sondern allein um die Jagd nach «guten Risiken». Dafür werden jedes Jahr über 200 Millionen an Marketing-Geldern aufgewendet. Weitere Prämienfelder fließen in politisches Lobbying



Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» will den stetigen Anstieg der Krankenkassenprämien bekämpfen.

Ärzte, Pflegefachleute, PhysiotherapeutInnen, Alters- und Pflegeheime, die Spitex sowie die Versicherten werden dadurch mit absurden administrativen Hürden konfrontiert. Das widerspricht jeglicher wirtschaftlichen Rationalität.

Teurer Scheinwettbewerb

Die über 60 privaten Krankenversicherungen veranstalten heute einen teuren, bürokratischen Scheinwettbewerb. Die Wettbewerbsanreize

und Abstimmungskampagnen. Für uns Prämienzahlende bedeutet dieser Unsinn immer höhere Prämien. Dazu kommt, dass Versicherungen mit einem öffentlichen Auftrag ihren Managern und Kaderangestellten Millionen saläre ausbezahlen.

Gute Behandlungsqualität zu niedrigen Kosten

Um eine möglichst gute Behandlungsqualität zu niedrigen Kosten zu ermöglichen, anstatt den marktwirt-

schaftlichen Gewinn in den Vordergrund zu stellen, will die öffentliche Krankenkasse einheitlich festgelegte Prämien pro Kanton. Dies macht uns nicht zu «EinheitskundInnen» und auch nicht zu «Zwangsversicherten». Kaum jemandem käme es in den Sinn, Derartiges über unsere AHV zu behaupten, eines der effektivsten und kostengünstigen Sozialwerke in Europa. Die individuellen Interessen der Patientinnen und Patienten werden nach wie vor berücksichtigt, wobei aber alle gleich behandelt werden und es keine Benachteiligten mehr gibt.

Ja zur öffentlichen Krankenkasse

Mit der öffentlichen Krankenkasse kann dank Einsparungen bei den Werbe-, Marketing- und Verwaltungskosten kurzfristig das Prämienwachstum gebremst werden. AHV und Suva zeigen zudem, dass öffentliche Versicherungen vorbildlich funktionieren und das Wohl der Versicherten in den Mittelpunkt stellen. Das ermöglicht mittel- und langfristig substanzielle Einsparungen – dank einer effizienteren Betreuung der chronisch kranken, teuren Patientinnen und Patienten, mehr Interesse an Prävention sowie einer stärkeren Verhandlungsposition bei der Aushandlung von Tarifen und Preisen. Mit der öffentlichen Krankenkasse schaffen wir Transparenz und sichern unsere gute Grundversorgung. ■

Was geschieht mit Rabatten und Zusatzversicherungen?

Die öffentliche Krankenkasse übernimmt ausschliesslich die Grundversicherung. Die Angebote von Franchise-Rabatten, Hausarztmodellen und tieferen Kinderprämien bleiben bestehen. Bei den Zusatzversicherungen wird sich nichts ändern.

Das sicherste Geld der Welt

Patrick Oppliger, Junge Alternative Zug | Bild Schweizerische Nationalbank

Wenn die Banken weiterhin Geld, welches sie gar nicht besitzen, als Kredite vergeben wollen, so müssen sie dieses bei der Schweizerischen Nationalbank beantragen und wie das Bargeld gegen Zins beziehen. So möchte es jedenfalls die Vollgeldinitiative. Damit könnten der Wachstumsdruck der Wirtschaft endlich reduziert und Umwelt und Ressourcen geschont werden. Vollgeld ist Nationalbankgeld und damit das sicherste Geld der Welt.

In der Schweizer Bundesverfassung ist seit 1891 festgelegt, dass die Münzprägung und Banknotenproduktion nur durch die Schweizerische Nationalbank ausgeführt werden darf. Im Wandel der Zeit und des technischen Fortschrittes gesellte sich ein neues Geldmittel, das elektronische Geld – auch «Buchgeld» oder «Giralgeld» – dazu. Dieses wurde von privaten Banken entwickelt und unterliegt nicht der Schweizerischen Nationalbank, die Banken können also elektronisches Geld selbst erzeugen und vertreiben. Das Buchgeld ist genau genommen eine Schuld der Bank, da das Geld, welches sie in Form eines Kredites weitergibt, zuvor nicht existierte. Eine Schuld jedoch, welche die Bank nie jemandem begleichen muss. Sie kann die Wirtschaft also nach eigenem Gusto mit Buchgeld schwemmen und damit Profit erzielen. Natürlich gilt auch hier: Je mehr Kredite vergeben werden, desto mehr Zins kann erheischt werden.

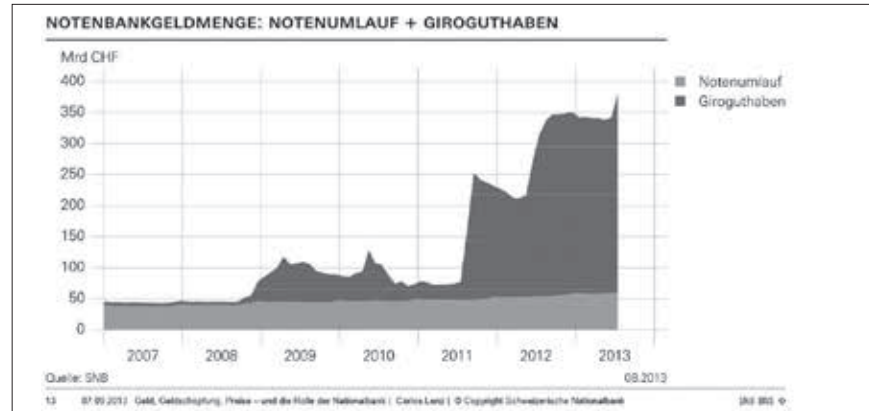
Ungesundes Wirtschaftswachstum

Die Finanzwirtschaft und die Realwirtschaft sind eng miteinander verknüpft: Je mehr Geld in der Finanzwirtschaft existiert, desto mehr muss in der Realwirtschaft investiert werden. Dies führt unweigerlich zu einer Mehrbelastung der Ressourcen, es muss stets mehr produziert werden, um den stetigen Geldfluss konstant zu halten. Die Realwirtschaft wird zu einem ungesunden Wachstum angespornt. Die immer grösser werdende Geldmenge lässt Spekulationen und Investitionen in enormen Höhen zu, was

viele negative Folgen nach sich zieht. Besonders die Spekulation mit Nahrungsmitteln ist für Menschen in ärmeren Regionen der Welt verheerend.

Finanzkrisen: ein ewiges Thema

Das Risiko der Kreditvergabe ist von den Banken selbst einzuschätzen,



Aktuell sind 90% der gesamten Geldmenge «Buchgeld».

was in der Vergangenheit bekanntlich schon mehrmals schiefgegangen ist. Immer grössere Geldmengen führen zu immer riskanteren Spekulationen, und solange die Banken die Macht besitzen, selbst Geld herzustellen, ist die Gefahr einer Finanzkrise latent gegeben.

Muss der Staat dann die Banken aus einer solchen retten, weil er einerseits selbst abhängig von den Banken beziehungsweise ihren Krediten ist und andererseits wir als Kundinnen und Kunden bei einem Konkurs unser Geld verlieren würden, zahlen wir alle mit. Es gilt also: Gewinn wird kapitalisiert, Schulden sozialisiert.

Jetzt kommt das Vollgeld

Mit der Vollgeldinitiative würde der Zahlungsverkehr von den Bankbilanzen getrennt. Die Banken müssten Girokonten dann genauso verwalten wie Wertpapierdepots, und das Giralgeld gehörte nur noch dem Kontoinhaber selbst, wie die Geldscheine und Münzen im Geldbeutel. Und wenn eine Bank Konkurs ginge, wäre das halb so schlimm, weil das Geld nicht mehr zur Konkursmasse gehören würde.

Gesamte Geldschöpfung von der SNB

Die Vollgeldinitiative verbietet es den Banken, elektronisches Geld herzustellen. Dieses soll, wie das Bargeld,

Für die Zukunft bauen?

Philippe Koch, Geschäftsleiter umverkehr | Bilder Baudirektion Kanton Zug

20

Verkehrsinfrastrukturen werden für die Zukunft gebaut. Aber welche Probleme und Bedürfnisse zukünftig den Alltag der Menschen bestimmen werden, weiss heute niemand. Gleichzeitig prägt jede Entscheidung, die wir in der Gegenwart treffen, die städtebauliche und verkehrspolitische Entwicklung. Was wir heute bauen, bestimmt also, wie und wo wir uns in 20, 50, 100 Jahren bewegen können. Beim Projekt «Stadttunnel Zug» ist dies nicht anders.

Die Planung des Stadttunnels ist kurz vor der Ziellinie. Geht es nach dem zuständigen Regierungsrat, sollen die Zuger Stimmberechtigten noch in diesem Jahr über das Vorha-

fähige Achse für den Durchgangsverkehr geschaffen wird. Geplant ist ein Umfahrungstunnel mit verschiedenen Zugängen und einem unterirdischen Kreisell. Zudem soll das Ver-



Das geplante Kammersystem mit dem Umfahrungstunnel.

ben abstimmen können. Worum geht es? Das Projekt sieht vor, dass die Innenstadt dauerhaft vom motorisierten Individualverkehr entlastet wird und gleichzeitig eine leistungs-

verkehrsregime im Stadtkern mit einem Kammersystem einschneidend umgestaltet werden. Riegel trennen die Kammern ab, so dass zwar die Einfahrt in die Stadt bzw. in die jewei-

lige Kammer möglich bleibt, nicht aber die oberirdische Fahrt durch die Stadt bzw. die Fahrt von Kammer zu Kammer (siehe Grafik). Die Bahnhofstrasse und die Vorstadt können so vollständig autobefreit werden; andere Teile der Innenstadt (z.B. die Neugasse) werden vom Autoverkehr bedeutend entlastet.

Viel zu teuer

Das Resultat des aufwändigen Mitwirkungsverfahrens verspricht also, um es umgangssprachlich zu formulieren, s'Füfi und s'Weggli. Das hat seinen Preis: Aktuell werden die Investitionskosten auf 950 Mio. Franken beziffert und die jährlichen Betriebskosten vom VCS Zug auf 2,1 Mio. Franken geschätzt. Der Kanton übernimmt mit 870 Mio. Franken den Löwenanteil. Den Rest soll die Stadt Zug bezahlen. Vom Bund ist keine finanzielle Unterstützung zu erwarten: Im Prüfbericht des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) wird das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Projekts als ungenügend ausgewiesen (obwohl dem ARE-Bericht mit 520 Mio. Franken noch deutlich tiefere Gesamtkosten zugrundeliegen).

Positionen

Parteipolitik scheint im Moment die Positionen zum Projekt nicht zu bestimmen. GegnerInnen und BefürworterInnen sind in allen Lagern zu finden. Dies ist mit Blick auf die Geschichte des Projekts mit immer wieder wechselnden Koalitionen nicht überraschend. Gemäss einem kürzlich erschienen Artikel auf zentralplus.ch («Wird CVP zum Zünglein an der Waage?», 12. Juni 2014) haben sich die meisten Zuger PolitikerInnen noch keine abschliessende Meinung zum Projekt gebildet. In der Öffentlichkeit sind aber auch dezidierte Positionsbezüge zu hören. Die Kontra-Seite kritisiert (neben den Kosten), dass mit dem Stadttunnel der Verkehr nur örtlich verlagert wird – von der Innenstadt an deren



Tunneleinfahrt Artherstrasse: Wo ist der Verkehr?

Ränder. Gefordert wäre aber, dass sich der Modalsplit verändert, dass sich also der Anteil umweltfreundlicher und flächeneffizienter Verkehrsmittel am gesamten Verkehrsaufkommen erhöht. Die Pro-Seite stellt die Aussicht auf eine autofreie Innenstadt als Hauptargument für den Stadttunnel ins Zentrum. Die Stadtkerngestaltung ZentrumPlus verspricht, dass sich die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt deutlich verbessert. Der öffentliche Raum wird aufgewertet, die Sicherheit für FussgängerInnen und VelofahrerInnen in der Innenstadt verbessert. Der Traum einer verkehrsfreien Innenstadt, der von so vielen BewohnerInnen in so vielen Städten geträumt wird, würde in Zug nahezu verwirklicht. Dies versprechen zumindest die BefürworterInnen.

umverkehR-Perspektiven

umverkehR fordert in der Verkehrspolitik ein Umdenken hin zur Verkehrsvermeidung und die consequente Förderung der umweltverträglichen, flächeneffizienten und zukunftstauglichen Verkehrsmittel. Dieses Ziel stand am Ursprung der Verkehrshalbierungsinitiative in den 1990er-Jahren sowie der Städteinitiativen in den späten 2000er Jahren. Die Kampagnen hatten zwei Ziele: kurzfristig sollte mit konkreten Massnahmen Strassenverkehr vermieden und verlagert werden; mittel- bis langfristig sollen die Initiativen Alternativen zur autofixierten Mobilitätskultur aufzeigen und im politischen Diskurs als mehrheitsfähige

Forderungen verankern. Was ist aus umverkehR-Perspektive vom Stadttunnel/ZentrumPlus zu halten?

Verkehrsvermeidung

Der Stadttunnel führt unmittelbar nicht zu weniger Verkehr. Ob die Strassenkapazitäten mit dem Bau des Stadttunnels sogar zunehmen, ist kaum abschliessend zu sagen. Unterschiedliche Verkehrsmodelle kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Tatsächlich ist denkbar, dass das Auto für gewisse Etappen wieder attraktiver wird: Etwa von Oberwil nach Ennetsee. Die Erfahrung zeigt, dass neue Strassen selten zu weniger Autoverkehr führen. Der Stadttunnel ist also keine Vorlage, die Verkehr vermeidet oder auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert. Aber er schafft eine verkehrsfreie Innenstadt, verlagert den Verkehr also räumlich.

Verkehrsfreie Innenstadt

Die Schweizer Stadtzentren sind mit ihren mittelalterlichen Gässchen und den vom Fehlen einer starken Zentralmacht geprägten Stadterweiterungen des 18. und 19. Jahrhunderts nicht für Autos gemacht. Die meisten Versuche, eine Stadt zu zerlegen und neu autogerecht zusammenzubauen sind glücklicherweise am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Trotzdem gibt es kaum eine Innenstadt, die tatsächlich autofrei ist. Gegenwärtig versucht der Regierungsrat in Basel mehr schlecht als recht das neue Verkehrskonzept Innenstadt, das einen restriktiven Zugang für Au-

tos in die Altstadt vorsieht, umzusetzen. Die Altstadt Berns ist zwar Weltkulturerbe, doch hat es auch dort die Regierung nicht geschafft, die Lauben vom Autolärm zu befreien. Die Beispiele sollen verdeutlichen, dass es selbst in rot-grünen Städten kaum möglich ist, autobefreite Räume zu realisieren. Mit dem ZentrumPlus wird der Autoverkehr zwar nicht vollständig aus der Innenstadt verbannt, aber doch massiv reduziert. Dies hat mit Blick auf die existierende, städtische (und kantonale) Realpolitik einen hohen Wert.

Heute bauen, was die Zukunft braucht

Braucht Zug in Zukunft einen Stadttunnel? Wohl kaum. Bedenkt man, dass im durchschnittlichen PendlerInnenauto nur 1,1 Personen sitzen, dann wird schnell klar, dass es andere Massnahmen gibt, die den Autoverkehr verringern können. Aber könnte mit direkt auf den Autoverkehr zielenden Massnahmen eine ganze Innenstadt vom motorisierten Personenverkehr entlastet werden? Ich habe Zweifel, dass dies politisch mehrheitsfähig wäre. Oder anders gefragt: Ist ohne Stadttunnel realpolitisch eine autofreie Innenstadt in Zug zu haben? Wahrscheinlich nicht. Ob es sich aber für die kantonalen SteuerzahlerInnen lohnt, 950 Mio. Franken für weniger Autos in einem eng begrenzten Teil des Kantons Zug auszugeben, ist zweifelhaft. Für die Zuger Bevölkerung sähe die Rechnung wohl anders aus, wenn die AutofahrerInnen die Kosten selber trügen. ■

Geld oder Geist?

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative – die Grünen | Bild BULLETIN

22

Mit dem Majorzwahlsystem für die Exekutiven wird es in dem stark bürgerlich geprägten Kanton Zug schwierig für die Linke. In der Stadt Zug haben sich FDP, CVP und SVP unter der Fuchtel von BS14 zu einer Einheitsfront bei den Stadtratswahlen formiert.

Das Trauma der alteingesessenen Stadtzuger classe politique muss tief sitzen – alle mehr oder weniger zerstritten innerhalb der Partei und mit einer wilden Kandidatur der bisherigen Stadträtin Sidler verloren FDP, CVP und SVP nicht nur die Mehrheit im Stadtrat. Die CVP flog gleich ganz raus und die SVP errang mit einem arbeitslosen Parfümverkäufer den lange ersehnten Stadtratssitz auf Kosten der FDP. Und rosarot-grünviolett hatte plötzlich die Mehrheit im Stadtrat.

Bürgerliches Trauma ...

So schwer war das Trauma, dass sich die drei Parteien auf ein gemeinsames Fünferticket (alles Männer ...) einigen konnten und den Stadtzugerrinnen nun schmackhaft machen, die Linke gleich ganz aus dem Stadtrat zu kippen. Die linke Antwort – ein Dreierticket mit einem SP-Mann, einer CSP- und einer alternativen grünen Frau – scheiterte leider am Anspruch der SP auf zwei Stadratsitze. Rein theoretisch-arithmetisch sieht es also dank Majorz gut aus für die FDP-CVP-SVP-Einheitsfront. Und Geld ist offensichtlich in Hülle und Fülle vorhanden. Die zahlreichen Flyer, die Veranstaltungsinserate und nun die grossen Plakate in der ganzen Stadt müssen ein Vermögen gekostet haben – und der Wahlkampf hat erst gerade begonnen.

... führt zu Overkill

BS14 hat mehrere Probleme: Der Anspruch auf alle fünf Sitze dürfte sich als Overkill erweisen. Das wissen die fünf BS14-Kandidaten. So bekannte sich auf die Frage des Schreibenden an alle fünf Papabilis, ob sie WIRKLICH der Meinung seien, dass es einen rein bürgerlichen Stadtrat brau-

che, nur gerade der CVP-Kandidat Urs Raschle explizit für einen Rauswurf der Linken aus dem Stadtrat. Die anderen vier wichen aus oder meinten, es brauche schon auch noch eine ausgewogene Vertretung. Das denkt wohl auch die Mehrheit der Wählenden ...

(mehr) mehrheitsfähig, weshalb man diese lieber nicht an die grosse Glocke hängt. (Informativ war der vergebliche Versuch von FDP-Gemeinderat Hauser, den fünf konkrete Beispiele für das Sparen zu entlocken – wohl gemerkt an einer exklusiv bürgerlichen Veranstaltung. Das konkreteste war dann SVP-Messmers Versprechen, sofort die Litteringstelle zu streichen – er wusste offenbar nicht, dass dies ein Joint Venture mit dem Kanton ist ...) Der linke Stadtrat hat bisher nicht



BS14: Werben mit viel Geld – wo bleibt der Geist.

Inhaltlich ist BS14 bisher sehr vage geblieben. Im Interview mit dem Zentralschweizer Online-Magazin «Zentralplus» vermochte ihr Geschäftsführer kein einziges konkretes Beispiel zu nennen, wieso es wieder einen bürgerlichen Stadtrat brauche. Die politischen Positionen der rechtsbürgerlichen Hardliner, die ursprünglich hinter der Gründung von BS14 standen, sind in der Stadt Zug nicht

schlecht gearbeitet und bietet wenig Angriffsflächen. Die Kohabitation mit dem Parlament, in dem FDP-CVP-SVP eine lockere Mehrheit haben, funktioniert irgendwie. Und wenn mal nicht, so bieten die direktdemokratischen Instrumente einen Ausweg, wie der durchschlagende Erfolg der linken Hertischulhausinitiative schon vor der Abstimmung eindrücklich aufzeigte. Am Schluss

mussten FDP-CVP-SVP ihre Rückweisung des Schulhauses im GGR mit einer Motion wieder korrigieren, weil sie sich in Zug-West sonst unmöglich gemacht hätten.

Am Schluss schaut dann doch jede der drei bürgerlichen Bündnis-Parteien für ihre eigenen Kandidaten. So wurde an der CVP-Nominationsversammlung informell die Parole ausgegeben, nur Raschle auf den Wahlzettel zu schreiben. Wie es bei FDP und SVP tönt, kann man sich da leicht vorstellen.

Die Mobilisierungskraft von BS14 war bisher bescheiden. Das Publikum an der Veranstaltungsreihe im Casino war immer ungefähr das gleiche und die Diskussionen wirkten wenig inspiriert. Das erste Podium mit allen fünf BS14-Männern war ein veritabler Flop. Zum zweiten Podium, an welchem zum ersten Mal auch der politische Gegner offiziell vertreten war, kamen zwar etwas mehr Leute (45) und es entspann sich eine lebhaftere Diskussion auf dem Podium, aber die drei BS14-Kandidaten vermochten das grossmehrerliche bürgerliche Publikum nicht zu begeistern, während Vroni und Dolfi souverän agierten. Hier muss aber zugleich selbstkritisch angemerkt werden, dass die Bürgerlichen wenigstens versuchen, zu mobilisieren, während die Stadtzuger Linke bis jetzt beunruhigend ruhig bleibt.

Das grösste Handicap aber sind die Kandidaten selber, wie sich an den beiden bisherigen Podien schnell herausstellte. Der alternativ-grüne Gemeinderat Urs E. Meier hat es in seinem Leserbrief zum kontradiktorischen Podium vom 19. Juni (vgl. Kasten) auf den Punkt gebracht, nachdem sich mindestens Kobelt und Messmer die Lektion des ersten Podiums zu Herzen genommen hatten und mit etwas konkreteren Vorschlägen zum Sparen respektive zum Leistungsabbau aufwarteten. Eindrücklich war, wie die Bildungschefin Vro-

ni Straub dem Publikum aufzeigte, was das vor allem von SVP-Messmer vorgeschlagene Sparen bei der Schule bedeuten würde – und wie die hohe Schulqualität ein entscheidender Standortvorteil ist. Nämlich so, dass es auch eine moderate Steuererhöhung vertragen würde. Erstaunlicherweise gab es keinen Aufschrei im Publikum, sondern die Intervention eines Herti-Anwohners, der befand, er habe ein Reineinkommen von 45'000 Franken und zahle gerne 200 oder 300 Franken mehr Steuern, wenn

aufgehört werde mit «schmürzele». Das Fazit für den Wahlsonntag ist klar: Wenn die Linke endlich anfängt zu mobilisieren, hat sie eine echte Chance, den Worst Case zu verhindern. Und eine «taktische» Wahl, d.h. in Antizipation eines möglichen dritten bürgerlichen Sitzes dem «kleinsten Übel» eine Stimme zu geben (nämlich Urs Raschle als «Mitte»-Kandidat), können sich rosarot-grün-violette WählerInnen getrost sparen: Es sind alle drei Neuen etwa gleich unwählbar. ■

Leserbrief Urs E. Meier vom 19. Juni 2014

Kommen knochentrockene, freudlose Zeiten auf uns zu?

Wenn man den drei bürgerlichen Stadtratskandidaten zuhörte anlässlich der jüngst von BS14 organisierten Podiumsdiskussion, ist dies zu befürchten. Bei keinem der drei Herren schimmerte auch nur ansatzweise durch, dass nebst gesunden Finanzen, tiefen Steuern und damit verbundenem Verzicht auch noch andere Aspekte zu einer lebenswerten Stadt gehören.

CVP-Neuling Urs Raschle wiederholte sich wortreich und wenig sagend mit der diffusen Forderung nach einer effizienteren Verwaltung und vermutete simpel, dass die Zitrone noch nicht ausgepresst sei. Sind leergepresste Zitronen das Leitbild der CVP für die Stadt Zug?

SVP-Kandidat Jürg Messmer bekennt sich als Gegner von Teilzeitstellen in Verwaltung und Lehrkörper und bekämpft sowohl den Mittagstisch und die Freizeitbetreuung für Schüler wie auch die vorschulische Kinderbetreuung aus der Überzeugung heraus, dass es Sache der Eltern sei, ihre Kinder selber zu betreuen – basta. Und Kosten könnten damit auch noch eingespart werden.

FDP-Finanzchef Karl Kobelt ortete in diesem Zusammenhang Einsparungsmöglichkeiten bei der Kinderbetreuung. Die Anforderungen an die Betreuung und das Personal müssten unbedingt reduziert werden. Einsparungen auf Kosten der Qualität also. Der FDP-dominierte Vorstand der KiBiZ Kinderbetreuung Zug wird sich bestimmt freuen ob dieser Haltung ihres Parteikollegen. So unbedarft hat sein in Unnade gefallener Vorgänger Ivo Romer übrigens nie argumentiert – weil er wusste, wovon er redete.

Auf die Frage, was ein bürgerlich dominierter Stadtrat besser machen würde als der heutige, fiel Karl Kobelt ausser dem Lob für die Zusammenarbeit im jetzigen Stadtrat nichts ein ausser der Feststellung, dass ein bürgerlicher Stadtrat im Rahmen seiner Kompetenzen etwas andere Prioritäten setzen würde. Prioritäten eher zugunsten des absolut Notwendigen und der Wirtschaft als im Sinne sozialer und kultureller Aktivitäten zum Vorteil des Zusammenlebens und der Lebensqualität.

Ein enttäuschter Herti-Bewohner konnte es nicht fassen, dass unsere Stadt «schmürzele» und sich nichts mehr leisten dürfen solle. Wie recht er hat! Wollen wir eine trostlose, durch wirtschaftliche Kennzahlen definierte und kaputtgesparte Stadt? Wollen wir Stadträte mit solchen Visionen?

Wer eine lebenswerte Stadt will, hüte sich vor BS14, wähle die vorhandenen Alternativen und vergesse vor allem die Frauen nicht.

Asyl für Snowden

Martin Stuber, Kantonsrat AGF | Bild Martin Stuber

24

Wenn es ein Buch gibt, das 2014 auf jeden Nachttisch gehört, dann dieses: «No Place to Hide» von Glenn Greenwald*. Es erzählt das durchdachte Vorgehen eines ehemaligen US-Agenten, um der ganzen Welt zu zeigen, was die USA im Verborgenen tun und welche Ausmasse der Überwachungsstaat inzwischen angenommen hat. Den alten Ex-Stasi-Leuten müssen die Tränen kommen.

Wir haben schon im Bulletin Nr. 3/2013 darauf hingewiesen: dass die USA die ganze Welt abzuhören versucht, ist spätestens seit 2001 bekannt dank des Buches von James Bamford «Body of Secrets». Edward Snowdens Material beweist dies nun mit einer Flut von Originaldokumenten und zeigt auf, dass es dem Weltherrscher wirklich darum geht, die ganze Welt abzuhören resp. alles mitzulesen, was diese Herrschaft bedrohen könnte. In diesem Artikel können nur einige wenige Aspekte kurz angerissen werden. Das Buch lesen muss jedeR selber.

«Collect it all»

Der langjährige Boss der NSA (National Security Agency), der 4-Sterne-General Keith Alexander, hat es auf den Punkt gebracht mit der Losung: «Collect it all». Was 2005 im Irak begonnen hat, um das Land auch nach dem Abzug der US-Kampftruppen zu kontrollieren, wurde zügig ausgedehnt auf den Rest der Welt. Dabei unterteilt die NSA die Welt in drei Level (siehe Bild).

Schweiz im Tier B

Die Schweiz gehört also in den Level 2. Der Begriff «focused cooperation» bedeutet, dass es eine begrenzte Zusammenarbeit mit den entsprechenden Behörden dieses Landes gibt und gleichzeitig das Land aber auch ein Ziel von «aggressive, unrequested surveillance» (S. 122) ist. Sprich: selber Opfer der US-Überwachung und Abhörung – und damit auch der US-Wirtschaftsspionage! Hallo Wirtschaft – herhören!! Greenwald beschreibt eindrücklich, was es alles gebraucht hat, bis er überzeugt war,

CONFIDENTIAL//NOFORN//20291123	
TIER A Comprehensive Cooperation	Australia Canada New Zealand United Kingdom
TIER B Focused Cooperation	Austria Belgium Czech Republic Denmark Germany Greece Hungary Iceland Italy Japan Luxembourg Netherlands Norway Poland Portugal South Korea Spain Sweden Switzerland ← Turkey

«Tier C» ist der Rest der Welt, der für die NSA Freiwild ist.

dass Snowden authentisch ist und nicht eine Geheimdienstfalle (Greenwald ist für die USA ein überaus lästiger Enthüllungsjournalist und deshalb ein Topziel für solche CIA-Aktionen). Erklärt wird, wie dann das Material systematisch so publiziert wurde, dass es die grösstmögliche Wirkung hatte. Dabei ging es Snowden darum, dass in den USA eine Diskussion über den Überwachungsstaat in Gang kommt. Er will dessen Einschränkung und Kontrolle bewirken. Greenwald weist deprimierend unbestreitbar nach, dass die Obama-Administration bzgl. Verfolgung von Whistleblowern und Schutz der geheimen Machenschaften der US-Administration und vor allem der fast 20 Geheimdienste (!) und des Pentagons die schlimmste US-Regierung ist, die es je gab. Das Image, welches Obama als «kleineres Übel» auch in der Schweizer Linken zum Teil immer

noch genießt, wird durch Greenwalds Buch endgültig gespült. Beschrieben werden im Einzelnen und gut belegt die verschiedenen Systeme und Programme, welche genutzt werden. Wir erfahren etwas über die hochdotierte Hackereinheit der NSA (S. 117), was die USA zum Weltweuchler Nr. 1 macht, denn wir erinnern uns, wie China vom Hacker Nr. 1 lange und systematisch auf die Hacker-Anklagebank gesetzt wurde ...

Und die Schweiz?

Was sagt die offizielle Schweizer Politik zur Einstufung in Tier B, «focused cooperation»? Substanziell – nichts. Lautes Schweigen. Immerhin tut sich etwas in der Politik. Die breite Allianz gegen das Schnüffelgesetz BÜPF wäre ohne Snowden kaum zustande gekommen, und die Grünen sind dort aktiv mit dabei (<http://stopbuepf.ch>). Die Grünen haben in Bern auch eine Reihe von guten Vorstössen zum Thema gemacht, die allesamt vom Bundesrat – wen wundert's – abgelehnt werden. Im Parlament sind sie noch nicht behandelt. Im Kampf gegen die Tendenzen, auch in der Schweiz den Überwachungsstaat auszuweiten (unter Führung von SP-Bundesrätin Sommaruga) haben wir Edward Snowden viel zu verdanken. Wann kommt der Vorstoss in Bern, der Snowden Asyl in der Schweiz anbietet?

P.S.: Nach Redaktionsschluss erreicht uns die Nachricht, dass der SP-Parteitag vom 28. Juni faktisch das BÜPF-Referendum unterstützt – Bravo! ■

* Gleichzeitig auf Deutsch erschienen unter dem Titel «Die globale Überwachung» | Illustration aus dem Buch «No Place to Hide»



Büchermail

Liebe Leute
 «Der Gedanke an das Glück und an das Ende» –
 «Flirren am Horizont» –
 «Ein ganzes Leben» –
 «Kains Opfer» – «Nicht mit mir!» – Das sind die Titel von fünf Büchern, die diesen Sommer erscheinen. Was ihren Erzählwert angeht, sind sie Schwergewichte – im Urlaubsköfflerli werden sie jedoch kaum Platz beanspruchen! Diese Bücher haben viele Gemeinsamkeiten – sie sind leicht, von Männern geschrieben und die Buchumschläge ähneln sich sehr. Das ist aber Zufall und ich staune selbst darüber – jetzt da ich sie alle vor mir sehe!

Viel Vergnügen bei der Auswahl!

Ich wünsche Euch einen schönen Sommer!
 Susanne Giger

Jean-Luc Seigle:
Der Gedanke an das Glück und an das Ende
 Beck C.H.,
 224 Seiten



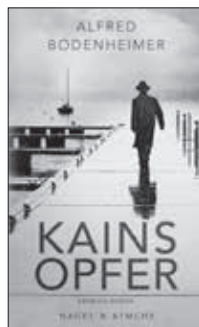
Roland Buti:
Das Flirren am Horizont
 Nagel & Kimche,
 192 Seiten



Robert Seethaler:
Ein ganzes Leben
 Hanser Berlin,
 Roman in Deutsch,
 160 Seiten



Alfred Bodenheimer:
Kains Opfer
 Nagel & Kimche,
 224 Seiten



Per Petterson:
Nicht mit mir
 Hanser,
 228 Seiten



Liebe Susanne
 Als kompetente Buchhändlerin hast du uns in vielen BULLETINS neue Literatur vorgestellt. Dein Schreibwitz und die Auswahl der Trouvaillen der modernen Literatur hat uns manche frohe, aber auch nachdenkliche Lesestunde beschert – dafür danken wir dir im Namen unserer Leserinnen und Leser und der Redaktion ganz herzlich!

Wir hoffen zu einem späteren Zeitpunkt wieder aus deiner Feder zu lesen.

Die Redaktion





26

**Mittwoch, 2. Juli,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**
Ab 18.30 Uhr, Siehbach-
saal, Chamerstrasse 33, Zug

**Sonntag, 28. Juli,
Alternative – die Grünen
Baar**
Vorstellung des Konzepts
für ein LEK (Landschafts-
Entwicklungskonzept) auf
einer Wanderung von Wal-
terswil via Notikon/Deu-
bühl nach Blickensdorf
Treffpunkt 14.15 Bushalte-
stelle Walterswil.
Weitere Infos auf
www.alternative-baar.ch

**Donnerstag, 14. August,
Sommertreff der ALG-Stadt**
Ab 18.00 Uhr in der Badi
Tellenörtl

**Samstag, 23. August,
Grüne Risch Rotkreuz**
Dorfmarkt Kaffeestand
mit Unterhaltung durch
x-change und Kinderpro-
gramm durch den Kinder-
zirkus Fun-tistic.

**Samstag, 23. August,
DV der Grünen Schweiz
in Rotkreuz**

**Samstag, 30. August,
Alternative – die Grünen
Baar**
Ab 8.30 Uhr, Samstagmarkt
Wahlwerbung, Unterschrif-
tensammlung

**Mittwoch, 3. September,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen, Zug**
Ab 18.30 Uhr, Siehbach-
saal, Chamerstrasse 33 Zug
Thema: Fair-Food-Initiative

**Samstag, 5. September,
KriFo Alternative Cham**
vormittags am Bahnhof
«Sonnenblumen verteilen»

**Samstag, 6. September,
Alternative – die Grünen
Baar**
ganzer Tag Wahlwerbung:
«mit der Rikscha in Baar
unterwegs»

**Mittwoch, 10. September,
Im Reich der Rohstoff-
händler**
Die etwas andere Stadtfüh-
rung durch Zug. Die schau-
spielerisch umgesetzte
Tour bietet Geschichten
und Fakten rund ums dicke
Geschäft mit den Roh-
stoffen.
Start: 18.30 Uhr,
Treffpunkt Bahnhof Zug
Ende: ca. 20 Uhr
Regierungsgebäude Zug
Kosten: Fr. 15.–

**Freitag, 12. September,
Alternative – die Grünen
Baar**
Ab 16.30 Uhr Bahnhof-
platz, Abendbar und Son-
nenblumen verteilen.

**Samstag, 13. September,
KriFo Alternative Cham**
Vormittags im Neudorf
«Sonnenblumen verteilen»

**Samstag, 13. September,
Grüne Risch-Rotkreuz**
Wahlstand in der Gemeinde
Risch.
Standort wird bekannt ge-
geben.

**Samstag, 20. September,
Alternative – die Grünen
Zug**
Fest und Sponsoring-Event
in Zug am See

**Samstag, 27. September,
Grüne Risch-Rotkreuz**
Wahlstand in der Gemeinde
Risch.
Standort wird bekannt ge-
geben.

**Mittwoch, 17. September
und Montag, 29. September**
ab 6.00 Uhr, Bahnhof Baar,
Morgenaktionen

**Mittwoch, 1. Oktober,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen, Zug**
Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug.
Mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Steinhausen

**SponsorInnen-Event
am 20. September
von 14 bis 22 Uhr**

Unterhalb des Regierungsge-
bäudes, Stadt Zug.
Mit Infos, Verpflegung und
Live-Musik!

Macht mit am Sponsorenlauf
als Läuferinnen und Läufer,
Skatende oder beim Plausch-
lauf als 2er-, 3er-Team oder Fa-
milie. Sucht Sponsorinnen und
Sponsoren für eure Leistung
oder sponsert Leute, die mitlau-
fen und mitmachen.

**Infos und Sponsorensammel-
bögen bei:**
info@alternative-zug.ch



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Postfach 4806
6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen
Zug:

Dienstag 9.15–13.15 Uhr
Donnerstag 9.15–13.15 Uhr

Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Postfach 4805
6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
Irene Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug

Postfach 4806
6304 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

www.alternativfraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

BULLETIN

Nr. 2, Juni 2014
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:

Verein DAS BULLETIN

Adresse:

BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:

Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Lorenzo Martinoni

Lektorin:

Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:

S.H.E.D. GmbH

Produktion:

Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild:

Paula Gisler

Nutzaufgabe:

800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:

Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss

Nr. 3/2014:

Freitag 12. September 2014

Erscheinungsdatum:

Donnerstag 2. Oktober 2014

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

